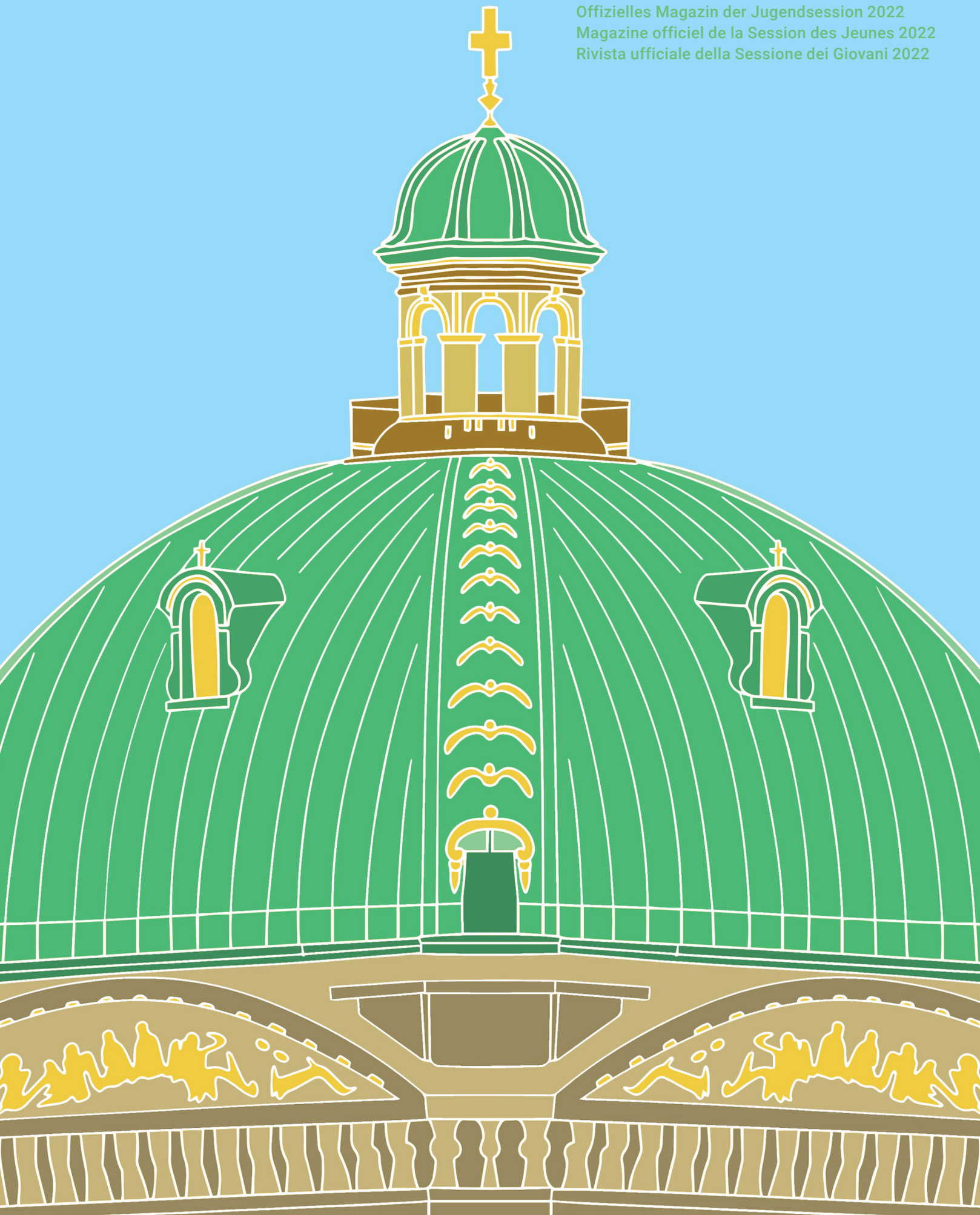
QUINT Magazin

spectrum

Avegnir

Offizielles Magazin der Jugendsession 2022
Magazine officiel de la Session des Jeunes 2022
Rivista ufficiale della Sessione dei Giovani 2022



Inhalt

Editorial	3
Die Jungen denken ans Alter	4 - 5
Sentirsi a casa, nel Palazzo federale	6 - 7
La JuSe à la rescousse de la prévoyance vieillesse	8 - 9
Zufriedenstellend, aber zunehmend unter Druck	10 -11
Au-delà de la barrière de la langue	12 - 13
Eidgenössischer Sexismus	14
Ich schenke dir mein Herz	15
Big Data : le nouveau Big Brother ?	16 - 17
Das politisch-persönliche Urteil	18 - 19
Informare, informarsi: perché è così difficile?	20 - 21
Interview - Schwimmen im Trockenen	22 - 25
Et si notre projet s'appelait « Organes et préjugés » ?	26 - 27
Dans les coulisses de la Session fédérale des jeunes	28 - 29
Gesichter der Jugendsession 2022	30 - 33
Biodiversité : une question de temps?	34 - 35

Editorial

Helena Quarck, Adeline Mougel, Nicolas Rodigari

Mit viel Leidenschaft voran.

Hotdogs im Bundeshaus, der heilige Teppich und Feueralarme mitten in der Nacht. Die diesjährige Jugendsession hinterlässt viele Erinnerungen, die mich zum Schmunzeln bringen. Schon zum dritten Mal dürfen wir als Redaktion das Magazin «Avegnir» produzieren und vier Tage mit über 200 jungen Menschen in Bern verbringen. Während dieser vier Tage hören wir viel zu, denken stetig mit und beobachten das ganze Geschehen. Vielleicht sind es die Erinnerungen an lustige Gespräche oder an die angsteinflössende Warnung vor dem heiligen Teppich im Bundeshaus, an die wir lächelnd denken. Was mir dieses Jahr aber besonders in Erinnerung bleibt, sind die über 200 jungen Menschen, die sich voller Leidenschaft für dieses Projekt engagieren: die Teilnehmer:innen, denen man die Freude an der Politik bei jeder Diskussion ansieht. Die Gruppenleiter:innen, die vier Tage lang unermüdlich ihrer Gruppe den Weg zeigen und mit ihr Forderungen ausarbeiten, das OK, welches an jeder Jugendsession organisatorische Bestleistungen zeigt, das Forum, welches dafür sorgt, dass diese zahlreichen jungen Stimmen auch gehört werden und nicht zuletzt auch die Projektleitung, ohne welche dieses Magazin gar nicht erst existieren würde. «Avegnir» bedeutet Zukunft und die Zukunft der Politik ist in guten Händen.

Que de bons souvenirs !

Rencontres, fous rires et pas de danse, une nouvelle Session qui donne le sourire et qui réunit deux cents jeunes des quatre coins de la Suisse dans la capitale. Du commerce en ligne au don d'organes, les thèmes abordés concernent les participant.e.s et leur avenir. Questions, réponses et débats ont fusé dans les trois langues officielles. Le romanche, quatrième langue nationale, s'est même invité par-ci, par-là.
À travers Avegnir, nous tentons de prolonger cette expérience en vous permettant de découvrir l'événement sous un angle différent. Ces articles ont pour vocation de vous plonger derrière les coulisses de la Session des jeunes, tout en vous renseignant sur les différents débats qui y ont été traités.
La Session des jeunes c'est avant tout d'agréables souvenirs, qui resteront en mémoire, au moins jusqu'à ce que la trente-deuxième édition vous en offre de nouveaux !

E ora, chi li ferma più?

Rieccoci. Anche quest'anno la Sessione dei Giovani è arrivata, e se l'anno scorso si festeggiava il suo trentesimo compleanno, ormai le edizioni sono 31. In italiano si dice spesso "abbiamo fatto 30, facciamo 31". È un detto che invita ad andare oltre, con coraggio, e a non accontentarsi. Sembra proprio azzeccato, a guardare questa Sessione dei Giovani e i suoi 200 partecipanti entusiasti che hanno invaso il Palazzo federale.
Noi, un variegato gruppo di giovani giornalisti armati di taccuini e macchine fotografiche, siamo stati lì ad osservarli (e a divertirci con loro). Eccovi, quindi, i racconti e le foto di tutto ciò che è successo in quei giorni così pieni e così vivi. E poi, per quanto mi riguarda, fatto 31 possiamo fare anche 32.

Die Jungen denken ans Alter

Celina Reinau

Die Teilnehmer*innen kleben Post-its mit Fragen an das Whiteboard, verstehen tun sie noch nicht alles, aber meiner Meinung nach schon extrem viel. Altersvorsorge ist ein schwieriges Thema, vor allem, weil es uns als Junge doch noch gar nicht so betrifft. Oder?

Bei der Altersvorsorge geht es darum, dass die Existenzgrundlage von älteren Menschen gesichert wird. Sie bekommen jeden Monat eine Rente, so wie sie bisher ihren Lohn bekommen haben, und können so weiterhin eigenständig ihr Leben gestalten. Bei der Altersvorsorge handelt es sich um eine Versicherung. So wie eine Haftpflichtversicherung einen Schaden am Auto versichert, versichert die Altersvorsorge das Altwerden.

Die Schweizer Altersvorsorge ist in drei Säulen aufgeteilt. Die 1. Säule ist die AHV. Wenn man erwerbstätig ist, muss man ab dem 18. Lebensjahr einzahlen, wenn nicht, dann ab dem 21 Lebensjahr. Die AHV ist für alle obligatorisch und die Einzahlenden sind sowohl erwerbstätig als auch nicht. Dabei wird das Geld, das heute eingezahlt wird, auch heute für die Alten wieder ausgegeben. Man nennt dieses System Umlagesystem.

Die 2. Säule ist die Berufliche Vorsorge, bei welcher die*der Arbeitgeber*in oder der Arbeitsgeber einen Teil der Löhne ihrer*seiner Angestellten in eine Pensionskasse einzahlt. Diese legt das Geld dann an. Wenn eine Person pensioniert wird, wandelt die Pensionskasse die Anlagen in Rente um. Der Arbeitsgeber oder die Arbeitsgeberin muss die Angestellten erst ab einem Lohn von über 21'510 Franken in die Pensionskasse aufnehmen. Dies sorgt vor allem bei Teilzeitarbeitenden dafür, dass sie keine 2. Säule haben oder nur eine sehr kleine und ihre Rente dementsprechend gering ausfällt.

Die 3. Säule ist die private Vorsorge und damit freiwillig. Sie funktioniert fast wie eine Sparkasse, bei welcher Personen einen bestimmten Betrag einzahlen, der ihnen später wieder ausbezahlt wird.
Die Altersvorsorge ist immer im Wandel, weil sich sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft verändert. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Einerseits spielt der demografische Wandel eine sehr grosse Rolle, denn es gibt heute viel mehr Senior*innen als noch vor 50 Jahren, andererseits beziehen die Rentner*innen durchschnittlich länger Rente, weil die Lebenserwartung steigt. Zudem steigt die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen, die einen kleineren Lohn haben und deshalb auch weniger Geld in die AHV einzahlen. Weil die AHV nach dem Umlageprinzip funktioniert, hat es zu wenig Geld, das den Rentner*innen zur Verfügung steht.

Eine grosse Frage der Politik ist also, wie wieder mehr Geld in die AHV fliessen kann. Eine anders Problem, mit dem sich die Politik beschäftigen muss, ist die Altersarmut, denn ca. 200'000 Senior*innen leben unter der Armutsgrenze. Weitere 100'000 Senior*innen leben nur knapp darüber. In der Politik gibt es mehrere Ansätze, diese Probleme zu lösen.

Es wird diskutiert, das Rentenalter zu erhöhen, die Rente zu senken und/oder die Einnahmen zu verändern, indem zum Beispiel die Lohnbeiträge, die Bundesbeiträge oder die Mehrwertsteuer erhöht werden.

Dazu gibt es mehrere Initiativen und Reformen.

- Über die AHV-21 haben wir bereits abgestimmt und das Referendum dagegen wurde abgelehnt. Das Rentenalter ist jetzt für alle bei 65 und die Mehrwertsteuer wurde erhöht.

- Die Renteninitiative, die von den Jungfreisinnigen initiiert wurde, sieht einen dreistufigen Plan vor, bei dem das Rentenalter für Frauen und Männer gleichgestellt werden soll, bis 2032 das Rentenalter auf 66 erhöht wird und das Rentenalter an die Lebenserwartung gekoppelt würde. Dagegen sprach sich der Bundesrat aus und hat dem Parlament eine Stellungnahme überwiesen.

- Eine weitere Lösung bietet die Initiative 13. AHV-Rente. Sie fordert, dass Rentner*innen eine 13. Rente bekommen, so wie sie auch einen 13. Monatslohn bekommen. Das Abstimmungsdatum dieser Initiative ist noch nicht bekannt.

- Eine weitere Vorlage des Bundesrats ist die BVG 21. Dabei geht es darum, die Finanzierung der Renten zu stärken und die Absicherung von Teilzeitbeschäftigten zu verbessern. Dazu soll ein Rentenzuschlag eingeführt, die Altersgutschrift angepasst und der Koordinationsabzug gesenkt werden.

In den vier Tagen vom 10.11. bis zum 13.11. durften sich nun auch die Teilnehmer*innen der Jugendsession mit dem komplexen Thema der Altersvorsorge beschäftigen.

Eine Gruppe von ca. 15 Menschen hat sich zweisprachig über das Thema unterhalten, mit dem Ziel, eine neue Forderung zu entwerfen. Der Wortschatz der 14 21-Jährigen beeindruckt. Gefachsimpelt wird schon in den ersten Stunden und das halb auf Deutsch und halb auf Französisch. Es geht ums Geld, das ist allen klar, aber die Bedürfnisse einer ganzen Bevölkerung, der Wirtschaft und des Staats unter einen Hut zu bringen, ist nicht einfach. Deshalb stellen die Teilnehmer*innen auch ganz viele Fragen. Die Gruppenleiter*innen versuchen die komplexen Themen einfach zu erklären. Die Pensionskasse wird so zu einem gelben Sparschwein und das Kapital zu ein paar Banknoten. Nach dem Expert*innenbesuch ist die Gruppe noch etwas schlauer und es wird nun sogar in den Pausen heiss diskutiert. Am zweiten Tag stehen auf dem Whiteboard drei mögliche Forderungen. Wie wäre es mit einer freien Wahl der Pensionskasse, welche nicht mehr abhängig ist vom Arbeitgeber*in? Oder wie wäre es, die Eintrittsschwelle für die 2. Säule und den Koordinationsabzug abzuschaffen? Die dritte Idee ist, die Prozentsätze der 1. Säule und 2. Säule so zu verschieben, dass mehr Geld in die AHV fliesst und weniger in die Pensionskassen. Welche Forderung sie ausbauen wollen, diskutiert die Gruppe recht lang. Einig sind sie sich genau so wenig wie die Erwachsenen im Bundeshaus. Schliesslich lautet die Forderung, die am 13.11.2022 vor der Jugendsession vorgelesen wurde, wie folgt:

Die eidgenössische Jugendsession fordert wesentliche Anpassung in der 2. Säule, um die Benachteiligung von Teilzeitarbeitenden aufzuheben. Wir fordern folgende Änderungen in der 2. Säule:

- Die obligatorische Eintrittsschwelle für die 2. Säule soll gesenkt werden.
- Es soll eine Eintrittsschwelle eingeführt werden, ab der ein Arbeitnehmer*in freiwillig in die Pensionskasse einzahlen kann (sog. «freiwillige Eintrittsschwelle»). Der Arbeitgeber*in zahlt auch mit (wie nach geltendem Recht des BVG). Die freiwillige Eintrittsschwelle soll tiefer als die obligatorische Eintrittsschwelle sein.
- Der Koordinationsabzug (zwischen BVG und AHV) soll progressiv gesenkt, aber nicht abgeschafft werden.
- Der Koordinationsabzug soll tiefer als die freiwillige Eintrittsschwelle sein.

Es wurden zudem zwei Änderungsanträge erarbeitet, welche aber beide abgelehnt wurden. Die Teilnehmer*innen bezeugten, es sei wichtig, die Altersvorsorge zu überarbeiten, weil wir heute schon vor grossen Problemen stehen und diese in Zukunft nicht besser werden, ohne dass wir jetzt beginnen zu handeln. Dabei ist die Gruppe überzeugt, dass die 2. Säule ein guter Ansatzpunkt sei. Die AHV kann die Altersvorsorge für die Alten nicht selbst tragen, deshalb sei es wichtig, die zweite Säule für mehr Menschen zugänglich zu machen, vor allem für Teilzeitarbeitende. Oft sind davon nämlich Frauen betroffen und die Forderung würde nicht nur für eine stabilere Altersvorsorge sorgen, sondern auch für mehr Chancengleichheit. Am Ende des Tages wurde die Forderung angenommen.

Wir werden wohl bald schon über weitere Änderungen bezüglich der Altersvorsorge abstimmen können, denn es ist ein Thema mit Dringlichkeit, mit dem sich sogar schon die Jüngsten beschäftigen. Denn wir alle werden nicht für immer jung bleiben und froh sein, wenn wir im Alter keine finanziellen Sorgen haben.

Bildbeschreibung: «Teilnehmer:innen der Arbeitsgruppe für Altersvorsoge diskutieren über ihre Forderungen (Bild: Joëlle Schneider)

Nicolas Rodigari

Sentirsi a casa, nel Palazzo federale

Nicolas Rodigari

Il Palazzo del Parlamento di Berna apre le sue porte e si fa teatro delle discussioni dei partecipanti alla Sessione. Il fascino di quelle sale colme di significato ha saputo emozionare i giovani partecipanti, che però hanno ben presto imparato a sentircisi a loro agio.

Non avrebbe lo stesso sapore, la Sessione dei Giovani, se non si tenesse proprio lì, dove le decisioni vengono prese per davvero, nel Palazzo federale. Cuore pulsante della politica svizzera, simbolo concreto delle istituzioni democratiche, il Palazzo si erge solido e imperioso sulla città di Berna. E a guardarlo da laggiù, dall'ostello che ha ospitato i partecipanti durante la Sessione, sembra quasi ammonire con sguardo severo i giovani che escono per mettersi al lavoro la mattina e, stravolti, rientrano la sera. È uno sguardo severo, il suo, ma in realtà da lassù il Palazzo non vuole far altro che assicurarsi che ognuno di loro avverta una crescente emozione all'avvicinarsi del fatidico momento in cui faranno il loro ingresso nelle sue maestose sale.

E finalmente, dopo giorni di lavoro, quel momento giunge. Usciti dall'ostello si guarda in su un'ultima volta, quasi con timore reverenziale. Una volta entrati, arrivati sotto la cupola, si trattiene il respiro. Ci si sente piccoli così, di fronte a quei colossali Tre Confederati. Ventiquattro inamovibili tonnellate che ti ricordano che non sei entrato in un posto qualsiasi.

Si salgono le scale camminando su un tappeto sofficissimo e assolutamente da non sporcare di ketchup, ma proprio non-pensateci-nemmeno-di-avvicinarvi-col-panino-in-mano (che sennò la fanno cancellare per sempre la Sessione dei Giovani). Una volta in cima si giunge finalmente alla Sala dei Passi Perduti, luogo di incontri e di passeggiate piene di bisbigli. Chissà quanti segreti hanno ascoltato quei simpatici putti affrescati sul soffitto. Parole appena sussurrate, allusioni vaghe ma predisposte con la massima cura, alleanze informali, pressioni non richieste, intrighi, suggerimenti, bugie. Per una volta dev'essere stato piacevole per quei putti non dover assistere agli intrighi della politica ma poter invece guardare con un sorriso sulle labbra lo Staff della Sessione crollare esausto, a turni ben precisi, su quei morbidi divanetti.

Da lì, finalmente i giovani entrano nell'imponente sala del Nationalrat, dove le idee diventano leggi, dove il vecchio si

Sentirsi a casa, nel Palazzo federale

Bild: Adeline Mougel

aggiorna e il progresso si codifica, dove ogni parola detta ha ripercussioni in ogni angolo della Svizzera, e dove chissà quanti Parlamentari annoiati si sono trovati a chiedersi cosa ci faccia un pesce disegnato lassù nella roccia. Possibile che nessuno metta mai la noia tra i grandi problemi della democrazia? Eppure i dibattiti infiniti, i litigi per spostare virgole insignificanti, non possono che lasciar stremati. E allora per fortuna che c'è quel pesce lassù a dare una mano come può, a chi proprio non sa più come trovare un istante di svago.

Lì seduti, i partecipanti alla Sessione dei Giovani hanno perso ben presto quel timore reverenziale nei confronti di quelle sale così sfarzose. Nemmeno due giorni e quegli scranni sapevano già di casa. Certo, salire sul podio a parlare ha fatto tremare le ginocchia a tutti, ma mica era possibile evitarlo. Però erano voci coraggiose quelle che si sono levate da quel podio, voci di chi è pronto ad affrontare qualcosa che è più grande di sé, come lo è quella sala.

E se durante le pause gli intrighi politici hanno preso forma in chiacchiere multilingue intervallate da voraci morsi agli hot dog, allora tanto meglio. L'unica barriera di reverenziale rispetto rimasta è proprio quel tappeto, protetto con severissimo rigore dallo Staff. Sembra quasi messo lì a ricordare a tutti che non è mica cosa da dare per scontata il potersi sentire a casa dentro a un Parlamento. Perché effettivamente lì dentro tutto potrebbe essere trattato come quel tappetto, e invece ci si può sentire così tanto a proprio agio da potersi pacificamente appisolare su quei comodi divanetti intrisi di democrazia.

E questo è potuto accadere perché i partecipanti alla Sessione non solo l'hanno potuto visitare, rimanendo colpiti e ammirati dai dettagli che le sue sale nascondono, ma l'hanno anche potuto vivere. E in effetti si capisce presto che quel Palazzo imperioso si mostra così solo per incutere il timore e il rispetto che le istituzioni che rappresenta richiedono, ma in realtà sa essere accogliente e di compagnia. Lo sanno bene i cittadini bernesi, che l'hanno fin da subito inglobato nel tessuto cittadino e ora passano pomeriggi e serate di svago intorno ad esso, come a dirgli che loro se ne sono resi conto che lui è ben contento di non essere lasciato solo, anche se non lo dà a vedere.

Chissà se anche a lui, al Palazzo, fa piacere veder sedere su suoi scranni non i soliti politici dai capelli brizzolati, ma giovani pieni di voglia di fare. È una ventata d'aria fresca tra quei muri che iniziano ad accumulare i secoli. Probabilmente ogni anno non aspetta altro che rivedere quella marea di magliette granata invadere le sue sale. E forse un po' ci spera, di incontrare di nuovo qualcuno di voi, di vedervi tornare con tanta esperienza in più, magari con i capelli che ormai si fanno brizzolati, ma con lo stesso entusiasmo di allora. Vi sussurrerà, nella lingua segreta dei mattoni di arenaria, che si ricorda di voi. E, mi raccomando, assicurategli che anche voi vi ricordate di lui.

Laurie Nieva

La JuSe à la rescousse de la prévoyance vieillesse

Laurie Nieva

« C'est important d'avoir une position sur la prévoyance vieillesse, d'autant plus que, caricaturalement, on dit que les jeunes ne s intéressent qu'au climat »,

Mehdi, 19 ans.

Bild: Adeline Mougel

Lors de la Session des jeunes qui a eu lieu à Berne du 10 au 13 novembre 2022, un groupe de jeunes alémaniques et francophones s'est penché sur un sujet des plus complexes : la prévoyance vieillesse. Effectivement en plus d'être intéressant, ce thème est au centre des discussions des parlementaires suisses depuis plusieurs années et au vu du manque de solution, il le restera encore longtemps.

Ces jeunes faisaient donc face à des défis de taille : la barrière de la langue, une compréhension complète du système de prévoyance vieillesse et la recherche d'un projet à présenter aux autres participant.e.s lors du plénum.

Multilinguisme

Le röstigraben ne s'est finalement que très peu fait ressentir selon les participant.e.s. Chacun a parlé dans sa langue maternelle et a fait l'effort d'essayer de comprendre l'autre. « On ne comprend pas toujours tout à cent pourcent », confie Diana, 17 ans « mais on pose des questions jusqu'à ce qu'on se comprenne ». Les responsables de groupe ont également servi d'interprètes quand la compréhension devenait trop difficile. Il était également nécessaire pour eux de préciser qu'ils traduisaient une opinion, sans donner la leur, leurs rôles étant apolitique. Il faut souligner que les jeunes ont vraiment joué le jeu du multilinguisme suisse sans parler anglais pour se simplifier la tâche. « C'est symboliquement relevable », ajoute Mehdi, 19 ans, « la politique en Suisse, c'est comme ça que ça se fait ».

Compréhension et travail

Ensuite fallait-il encore comprendre notre prévoyance vieillesse suisse, ses trois piliers et leur fonctionnement, ce qui n'a pas été une mince affaire. Mais à l'aide d'exemples concrets et d'explications précises, le projet s'est mis en place lentement mais sûrement. L'objectif consiste à changer le 2ème pilier pour supprimer les inégalités de traitement des personnes travaillant à temps partiel. « D'accord, on veut changer le 2ème pilier, mais comment ? » Les idées fusent, les débats reprennent et les votes à mains levées concrétisent le projet.

Plénum

Une fois le projet concrétisé, le groupe devait encore convaincre les autres participant.e.s de la pertinence de leur pétition, en deux minutes d'introduction et une minute de conclusion. Un choix stratégique a alors été fait : donner des exemples concrets du dysfonctionnement du 2ème pilier à travers Ana et Paul. Ana qui est une étudiante travaillant à temps partiel et Paul qui gagne moins que le seuil d'entrée obligatoire. Tous deux ne peuvent pas cotiser au 2ème pilier. Un argument qui encourage à « moderniser notre prévoyance vieillesse ». Le groupe rappelle également que les femmes représent la majorité des employées à mi-temps et sont également plus susceptibles de mettre en pause leur carrière pour de s'occuper de leur famille, ce qui influence évidemment leur prévoyance vieillesse.

Deux amendements ont été proposés suite à la pétition : le premier est que le seuil d'entrée obligatoire du deuxième pilier soit abaissé (ôtant la partie de la proposition d'une contribution volontaire) et le deuxième que la déduction de coordination entre la LPP et l'AVS soit supprimée et non abaissée progressivement. Tous deux furent rejetés, le premier à 35 voix contre 63. Le second était plus serré, à 69 contre 72 voix.

La conclusion du groupe était sans équivoque : pour eux, la solution de la prévoyance vieillesse se trouve dans le deuxième pilier. Ayant convaincu 90 voix contre 24, ils peuvent être fiers de leur combat qui était loin d'être gagné d'avance.

Bild: Adeline Mougel

Zufriedenstellend, aber zunehmend unter Druck

Linus Kleschin

Am ersten Tag der Jugendsession besuchten die Expert:innen Marina Piolino (Bundesamt für Kommunikation), Marianne Läderach (Verlegerverband Schweizer Medien) und Jan Grüebler vom Presserat die Gruppe Medienfreiheit. Knapp zwei Stunden dauerte die Fragerunde. Ein Abriss der aktuellen Situation der Medien und der Pressefreiheit in der Schweiz:

Schutz der Journalist:innen

Bei kritischer Berichterstattung kann es vorkommen, dass Anwält:innen der kritisierten Konzerne und von berühmten, vermögenden Leuten Beschwerde bei Journalist:innen gegen ihre Recherchen einreichen. Dadurch kommen auf die Medienhäuser Gerichtsverhandlungen zu, welche teilweise mehrere zehntausend Franken kosten können.

Ein weiteres Problem ist der Hass im Internet, der oftmals weiblichen Journalist:innen entgegenschlägt. So kann es dazu kommen, dass von solchen Reaktionen betroffene Personen bei ihren zukünftigen Artikeln versuchen, sich weniger zu exponieren. Unter Expert:innen wird die Ansicht geteilt, dass der Staat noch mehr in den Schutz von Medienvertreter:innen im digitalen Bereich investieren muss.

Die Anonymität in den sozialen Medien schafft Grundlagen für Cyberstalking und andere Formen von Hass. Sie soll nicht grundsätzlich abgeschafft werden, denn für die Arbeit von Journalist:innen und Whistleblower:innen ist eine gewisse Unsichtbarkeit essentiell. Verbreiten Personen jedoch Hass und Hetze, ist es wiederum schwierig, die unbekannten Identitäten strafrechtlich zu verfolgen. Aufgrund dieser Komplexität muss ein Regelverstoss grob sein, damit er von der Justiz verfolgt wird. Es existiert bei dieser Thematik nach Ansicht der Fachleute ein akutes grundrechtliches Problem.

Zensur

Ende des Jahres entscheidet der Bundesrat, welchen Weg er bei der Plattformregulierung einschlagen möchte. Die Unternehmen im Sektor der sozialen Medien verfügen über eine riesige Macht bei der Moderation von Inhalten (z.B. bei politischen Diskussionen). Sie können entscheiden, welche Aussagen legal sind und somit zugelassen werden und welche Beteiligten sie sperren. Darum stuft die Europäische Union sie als private Akteure ein und hat ein Gesetz zur Stärkung der Sicherheit und Verantwortung in der Online-Umgebung verabschiedet. Ziel ist, dass die Online-Plattformen einheitliche und klare Regeln festlegen müssen. So bedarf es für die Sperrung eines Accounts sachlicher Regeln. Heutzutage handeln die Unternehmen nach Ansicht der eingeladenen Expert:innen teilweise willkürlich.

Aufgrund der Flut an Beiträgen, die täglich auf die den sozialen Medien hochgeladen werden, braucht es automatische Upload-Filter. Durch die Masse an Informationen ist es nicht möglich, alle Aussagen manuell zu prüfen. Durch die Upload-Filter werden manchmal aber auch legale und wichtige Inhalte blockiert.

Digitalisierung

Die Medien müssen sich angesichts der Digitalisierung neu ausrichten. Sie müssen sich überlegen, auf welchen Informationskanälen sie präsent sein möchten. Viele Medienhäuser unterstützen Social-Media-Formate und Videoclips. Doch dabei begeben sie sich auf einen schmalen Grat: Zum einen wollen und müssen die Redaktionen neue und junge Leute gewinnen. Dafür ist es essentiell, dass sie auf den Plattformen der jungen Menschen aktiv sind. Andererseits müssen sie auch älteren Generationen passende Angebote anbieten können. Diese konsumieren oftmals noch konventionellere Medienformate wie Zeitungen oder Radio.
Die individuellen Bedürfnisse der Menschen führen dazu, dass die Medien eine breitere methodische Abdeckung anbieten müssen, um möglichst viele Menschen ansprechen zu können. Zusätzliche Ressourcen, die es dafür braucht, sind aufgrund von Personalmangel und dem digitalen Umbruch, in welcher sich die gesamte Branche befindet, schwierig bereitzustellen.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass das Medienpotential junger Leute nicht unbegrenzt ist. Nur weil Medien neuerdings auf sozialen Medien präsent sind, lesen nicht alle Jugendlichen auf einmal deren Inhalte. Weiterhin muss man Erwachsene im Blick behalten, denn auch in ihren Generationen gehen die Auflagenzahlen zurück.

Expert:innen betonen immer wieder die Wichtigkeit von soliden und nachhaltigen finanziellen Förderungen von journalistischen Berichterstattungen. Die Zeitungsverlage haben sich beispielsweise nie über ihre Abonnent:innen finanziert, sondern mithilfe von Werbeeinnahmen. Tech-Giganten wie Google nehmen den Medienhäusern nach Ansicht von Fachleuten dringend benötigte Mittel aus der Promotion weg. Die dadurch entstehende Geldnot hat wiederum einen verstärkenden Einfluss auf den Personalmangel. Dieser Zusammenhang verschärft die Medienkrise zusätzlich.

Aufgrund der fehlenden Liquidität vieler Medienunternehmen werden immer weniger Inhalte veröffentlicht, weil es schlicht zu teuer ist. Neue Magazine wie zum Beispiel die Republik werden hauptsächlich von reichen Mäzen:innen und Spender:innen finanziert. Wirklich nachhaltig ist diese Finanzierung aber nicht und es wirft einmal mehr die Frage auf, wie sich Medien in der Zukunft finanzieren können.

Medienvielfalt

Es wird von Seiten der Expert:innen betont, dass es in der Schweiz eine allgemeine Medienkonzentration gibt. Dabei werden von wenigen Medienkonzernen grosse Teile des journalistischen Angebots geprägt. Die landesweite Situation wird aber insgesamt als gut eingeschätzt. Mehr Sorgen bereiten ihnen dünn besiedelte ländliche Regionen, in denen bestimmte Medien gewisse Informationsmonopole haben, weil nicht lukrative Formate eingestellt wurden. Daher ist es aus medienpolitischer Sicht sehr wichtig, dass es einen starken Service public gibt, denn die Medien der SRG SSR (z.B. SRF) haben den Auftrag, eine möglichst umfassende Bandbreite an Meinungen wiederzugeben und objektiv zu berichten.

Trotzdem ist es von grosser Bedeutung für das politische System der Schweiz, dass es verschiedene Medienhäuser mit verschiedenen Meinungen gibt.

Desinformation und Medienkompetenz

Der Presserat fungiert als “Beschwerdeinstanz” und “dient Publikum und Medienschaffenden”, wenn sie sich beispielsweise durch einen Beitrag unrechtmässig behandelt fühlen (Schweizer Presserat). Früher zog sich die Bearbeitung von Urteilen aufgrund einer Knappheit personeller Ressourcen über durchschnittlich zwei Jahre hin. In den letzten Jahren hat sich die Bearbeitung beschleunigt. Momentan können Betroffene mit einem halben Jahr rechnen, bis ein fundierter Bericht mit einer Entscheidung vorliegt.

Es stellt sich die Frage, wie die Medien junge Leute besser erreichen können. Im Lehrplan 21 ist festgelegt, dass die Medienkompetenz im Unterricht gestärkt werden soll. So gibt es zum Beispiel Veranstaltungen, bei denen Journalist:innen einzelne Schulklassen besuchen und mit den Schüler*innen über Journalismus reden.

Beim Verlegerverband Schweizer Medien macht man sich Gedanken, welche Lehrmittel für die Stufe der weiterführenden Schulen geeignet sein könnten. Die dynamische Situation in der sich schnell verändernden Medienbranche erschwert die Entwicklung von aktuellen Materialien.

Berichterstattung über das Bankengeheimnis

Im Februar 2022 veröffentlichte ein weltweites Recherchenetzwerk aus knapp 50 Medienhäusern die “Suisse Secrets”. Über 150 Journalist:innen rekonstruierten aufgrund von Daten, die der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurden, wie Autokraten, Despoten und Kriminelle ihr Geld jahrelang auf den Konten der Credit Suisse bunkern konnten.

Bei den Recherchen wollte die Süddeutsche Zeitung mit dem Tages-Anzeiger zusammenarbeiten. Der Tages-Anzeiger lehnte die Anfrage ab, weil man rechtliche Konsequenzen fürchteten. Nach Artikel 47 des Schweizer Bankengesetzes ist es nämlich strafrechtlich verboten, geleakte Bankdaten für Berichterstattungen zu nutzen. Bei Verstössen drohen hohe Geld- oder Gefängnisstrafen.

Die eingeladenen Fachleute berichten, dass sich Schweizer Journalist:innen schon strafbar machen, wenn sie an Redaktionssitzungen von den erhaltenen Leaks berichten.

Maeva Koenig

Au-delà de la barrière de la langue

Maeva Koenig

Le multilinguisme de la Suisse est tantôt présenté comme une partie intégrante de l'identité des Suisses, tantôt comme un défi quotidien. À l'image de la Suisse, la Session des jeunes compte des locuteu.rice.s des quatre langues nationales. Force ou faiblesse, les participant.e.s témoignent.

La première matinée de la Session des jeunes 2022 touche à sa fin. Dans le groupe de travail sur la prévoyance vieillesse, les participant.e.s discutent encore activement en petits groupes avant de prendre une pause repas bien méritée. Les échanges sont animés et les débats battent leur plein. Un groupe se démarque des autres : Hochdeutsch, français, suisse-allemand… à cette table, la discussion saute d'une langue à l'autre.

Interrogé à ce sujet, Umut, participant germanophone, avoue que le groupe rencontre quelques difficultés en raison de la barrière de la langue : « on arrive à se comprendre, mais tout avance beaucoup plus lentement ». Pour lui, se retrouver dans un groupe de travail bilingue n'a pas que du bon, sachant que le sujet est déjà bien complexe. Heureusement, il y a aussi des avantages. Mehdi, de langue maternelle française, a remarqué que les termes techniques allemands étaient parfois plus explicites que leurs équivalents en français. « Paradoxalement, les explications en allemand sont beaucoup plus claires », conclut-il.

Un des stéréotypes les plus connus revient souvent dans les témoignages : « les suisse-allemands parlent bien mieux français que les francophones parlent allemand », admet volontiers Maxence, sous les hochements de tête de ses ami.e.s, tous francophones comme lui. Conséquence de méthodes d'enseignement peu optimales ? D'un manque de motivation général ? De l'écart important entre le Hochdeutsch appris en cours et la réalité des nombreux dialectes alémaniques ? Quoi qu'il en soit, les francophones reconnaissent que les suisse-allemands gagnent cette manche.

Pour Célia, la Session des jeunes est justement l'occasion d'améliorer ses compétences linguistiques; « pratiquer l'allemand était un de mes buts en participant à la Session, et ça a été fait ». Diana approuve en hochant de la tête : « je suis habituée au bilinguisme, venant du canton de Fribourg, et c'est quelque chose d'extrêmement important pour moi ». Elle raconte avec entrain sa rencontre avec un participant romanche, à l'occasion de l'atelier La Suisse quadrilingue, et regrette qu'un mélange des quatre langues nationales ait été limité à cette occasion.

Bild: Adeline Mougel

Au-delà des préjugés

En plus des difficultés de compréhension, les divergences linguistiques et culturelles engendrent souvent préjugés et stéréotypes. « Entre les suisse-allemands et les romands, c'est compliqué », reconnaît Cyril. Il trouve le contact souvent plus facile avec les tessinois.e.s qu'avec les alémaniques, surtout en raison de la proximité des deux langues. Pour d'autres, la Session des jeunes semble faire exception à ce conflit ancestral opposant francophones et germanophones : les groupes se mélangent, des liens se tissent, et tout le monde semble ravi de pouvoir faire des rencontres au-delà des préjugés.
Les participant.e.s ont de nombreuses possibilités de se mélanger avec des personnes de langue maternelle différente. Dans les couloirs de la Jugi, lors des activités organisées le soir ou pendant les repas, toutes les occasions sont bonnes pour rencontrer de nouvelles personnes et élargir ses horizons.

La place de l'anglais

Le paradoxe Suisse par excellence : tenter un mélange approximatif d'allemand et de français, pour finalement admettre son impuissance et passer à l'anglais pour être certain.e de se faire comprendre.
À la Session des jeunes aussi, recourir à l'anglais est une stratégie rassurante pour beaucoup de participant.e.s, pour qui les discussions passent généralement à l'anglais quand la compréhension devient difficile. Sabine le précise : « on essaye de parler l'autre langue et de s'intéresser à la culture de l'autre, mais des fois ça switch rapidement vers l'anglais ».

Et les tessinois.e.s dans tout ça ?

Quand on parle de plurilinguisme ou de barrière de röstis, on oublie souvent la troisième langue officielle et ses quelques 600'000 locuteur.rice.s. Lors de la Session des jeunes, les italophones étaient en claire infériorité numérique face aux représentant.e.s des deux autres langues officielles.
Au Parlement, la règle veut que les parlementaires s'expriment dans une des trois langues officielles. Chacun.e se doit donc d'au moins les comprendre, à défaut de les maîtriser parfaitement. Ici, c'est différent, il n'est pas attendu des participant.e.s de comprendre tout ce qui est dit lors du plénum. Un service d'interprétation simultané permet donc à tout le monde de suivre les échanges. Sauf que les italophones ont vite remarqué que leurs questions, pourtant traduites dans les casques de leurs compatriotes, n'étaient pas entendues. Une participante s'est même résolu à passer au français pour être sûre d'être écoutée.
Certaines activités proposées aux participant.e.s ont également failli aux italophones : par exemple, la visite du Palais fédéral organisée par la Parlement à l'occasion de la Session des Jeunes, n'était proposée qu'en français ou en allemand. Obligé.e.s d'y assister en français, les tessinois.e.s démontrent une fois de plus leur grande capacité d'adaptation.

Tou.te.s uni.e.s, peu importe la langue

Si l'on en croit les témoignages de ces participant.e.s, le multilinguisme de la Session des jeunes est donc globalement un atout, du moins pour celles et ceux qui n'ont pas peur de franchir la barrière de la langue. « On est toutes et tous ici pour s'unir, parce qu'on est le futur, et qu'on s'en fiche de ne pas parler la même langue, ce n'est pas important », conclut Maxence, qui voit en cette diversité linguistique une grande richesse.

Scanne ce QR code pour écouter l'experience des participant.e.s!

Eidgenössischer Sexismus – Wie weit reicht Gleichberechtigung?

Elisa Alge, Bérénice Lesslauer

Wenn man als Frau das Thema der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in den Raum wirft, ist es oftmals nur eine Frage der Zeit, bis folgendes Argument eben jenen Raum betritt: «Dafür müsst ihr Frauen nicht ins Militär, seid doch froh!» Doch lässt sich ein Mangel an Rechten tatsächlich mit einer Freistellung von Pflichten kompensieren?

An der diesjährigen Jugendsession in Bern setzt sich eine Arbeitsgruppe mit Jugendlichen aus der ganzen Schweiz mit dem Thema «Dienstpflicht» auseinander. Dabei wurde eine ganze Bandbreite an Problemen, welche sich dem Schweizer Militär gegenwärtig oder zukünftig stellen, besprochen und anschliessend mit Expert*innen diskutiert. Gerade die Frage nach der Gleichstellung aller Geschlechter im Rahmen der Militärdienstpflicht ist aktueller denn je. Auch wenn die Diskussionen darüber mittlerweile vielleicht wie ein durchgekautes Thema erscheinen mögen, ist es dennoch wichtig, sie zu führen. Denn solange in einer Gesellschaft eine strukturelle Ungleichheit zwischen Mann und Frau herrscht, kann keine dieser Diskussionen als überflüssig erklärt werden. Im Gegenteil: der Diskurs muss aktiv gesucht werden, wobei keine der Seiten ausser Acht gelassen werden darf. Die Frage der Gleichberechtigung und die Umsetzung dieser ist ein langer und komplizierter Prozess. In welchen Bereichen man ansetzen muss und welche Aspekte den verschiedenen Parteien am wichtigsten sind, ist nach wie vor von Unterschieden und langen Diskussionen geprägt - egal, ob im Bundesparlament, zwischen der VBS, den Offiziersgesellschaften und dem Zivildienst oder in der Gesellschaft.

Heutzutage gilt: Jeder Schweizer Bürger muss bis zu seinem 25. Lebensjahr seiner Dienstpflicht nachgegangen sein. Kann er aus gesundheitlichen Gründen keinen militärischen Dienst leisten, so ist er angehalten, sich dem Zivilschutz anzuschliessen. Wenn er das Mitwirken in der Armee nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, gibt es die (zwar etwas unattraktivere) Option, Zivildienst zu leisten. Diese Möglichkeit dauert zwar insgesamt 1,5-mal so lange wie ein militärischer Dienst, lässt sich jedoch oftmals besser mit der Lebenssituation einiger Männer vereinen.

Schweizer Bürgerinnen sowie in der Schweiz wohnhafte Ausländer:innen werden hiervon komplett ausgeschlossen. Frauen bekommen zu ihrem 18. Lebensjahr zwar eine Einladung zum Informationstag, diese ist jedoch unverbindlich und landet deswegen oftmals im Altpapier. Es mag an Zeit und Lust mangeln, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen oder auch die Sorge, eine (negative) Sonderbehandlung zu erhalten.

Nun stellt sich immer öfter und lauter die Frage, ob und wie eine militärische Dienstpflicht für Frauen umgesetzt werden kann. Feminist*innen auf der ganzen Welt fordern seit Jahren die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Bedeutet eine konsequente Umsetzung jener Forderungen demnach nicht auch eine Wehrpflicht für Frauen? Befürworter:innen argumentieren hier ganz klar dafür; Gleichberechtigung sollte auf allen Ebenen stattfinden. Dazu sollte das Militär für Frauen attraktiver gestaltet werden. Es müsse selbstverständlicher werden, dass Frauen die gleichen Jobs ausführen können, welche für Männer schon jetzt selbstverständlich sind.

Wenn eine Dienstpflicht dem Zweck dient, als Gesellschaft dem eigenen Land etwas zurückgeben zu wollen, dann spricht es dafür, dass nicht nur Männer, sondern auch Frauen sich im Militär- und Zivildienst sowie im Zivilschutz engagieren sollen. Dass nach wie vor Frauen in der Schweiz den grössten Teil an unbezahlter Care-Arbeit wie die Erziehung und Betreuung von Kindern oder die Pflege Alter verrichten, werde in dieser Debatte oft vergessen, argumentieren Gegner:innen. So könnte es kommen, dass jene Frauen, deren Lebenssituation keinen militärischen Einsatz ermöglicht, jedoch vom Militär als tauglich gesehen werden, ihre Absenz mit einer Abgabe begleichen müssen. Dies würde sich kontraproduktiv auf die Gleichstellung auswirken. Zudem herrsche in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft bei weitem noch keine Gleichberechtigung, beispielsweise beim Lohn oder in den Führungspositionen. Man müsse sich auch Fragen, ob es da nicht unfair wäre, Frauen zu erst weitere Pflichten aufzuzwingen, bevor sie dieselben Chancen wie Männer erhalten? Und ist in einer Gesellschaft, in der patriarchale Strukturen immer noch verankert sind, ein gleichberechtigtes Militär realistisch? Zu dieser Diskussion kommen ganz praktische Fragen wie zum Beispiel: Was passiert, wenn dem Bund auf einmal fast doppelt so viele Arbeitskräfte zu Verfügung gestellt werden? Kann dann noch gewährleistet werden, dass allen Dienstleistenden eine sinnvolle Arbeit zugeteilt wird, womit er oder sie tatsächlich zur Sicherheit des Landes beitragen kann?

An der diesjährigen Jugendsession fordert die Gruppe der Dienstpflicht die Fusion von Militärdienst und Zivilschutz, wobei die Vorlage leider vom Parlament nicht angenommen wird. Die Frage nach der Gleichberechtigung im Militär schafft es leider gar nicht erst bis ins Parlament - sie scheine den Mitgliedern der Gruppe zu durchgekaut und sei im Übrigen noch nicht mehrheitsfähig, weshalb erst gar keine Forderung zu diesem Thema erarbeitet wurde. Dennoch sei es wichtig, sich weiterhin Gedanken über die Struktur des Schweizer Militärs zu machen - aus allen möglichen Perspektiven.

Ich schenke dir mein Herz

Lucy Preiswerk

In der Schweiz fehlt es an genügend Organspenden, weshalb die erweiterte Widerspruchslösung nun Abhilfe schaffen soll. Werden wir jetzt etwa zu menschlichen Ersatzteillagern? Was, wenn ich das nicht möchte? Die Teilnehmenden der diesjährigen Jugendsession fordern vom Bund umfangreiche und zugängliche Informationskampagnen zum neuen Transplantationsgesetz. Am liebsten schon gestern.

1469 Personen warteten 2021 auf eine Organspende. Im selben Jahr konnten 587 Personen, nach einer erfolgten Organtransplantation, von der Warteliste gestrichen werden,72 verstarben beim Warten auf eine Spende. Kurz: es fehlen die Organe.

Um diesem Mangel entgegenzuwirken, hat die Bevölkerung im vergangenen Frühjahr den Gegenvorschlag zur Änderung des Transplantationsgesetzes angenommen. Künftig soll in der Schweiz anstelle der erweiterten Zustimmungslösung die erweiterte Widerspruchslösung gelten. Personen, die einer Organentnahme nicht explizit widersprechen, werden nach ihrem Tod automatisch zu potenziellen Spender:innen. Zudem muss der Hirntod der Person zwingend in einem Krankenhaus erfolgen und von zwei Ärzt:innen unabhängig festgestellt werden, um überhaupt für eine Organentnahme in Frage zu kommen. Erweitert ist die Lösung deshalb, da in jedem Fall den engsten Angehörigen die Möglichkeit geboten wird, sich zu einer allfälligen Organentnahme zu äussern, um im Sinne der verstorbenen Person zu handeln. Sind keine Angehörigen auffindbar, dürfen niemals Organe entnommen werden. Für den Bund gilt es nun, die rechtliche und administrative Umsetzung so vorzubereiten, dass die Verordnung 2025 in Kraft treten kann.

Wie einfach ist zu einfach? Mangelhafter Datenschutz im Online-Register

Nicht nur die Umsetzung des neuen Gesetzes fordert momentan alle Beteiligten, sondern es gibt auch noch eine Altlast zu bewältigen. 2018 schaltete Swisstransplant ein Online-Register auf, in dem sich Spendenbereite eintragen und Krankenhäuser im Todesfall darauf zugreifen konnten. Eine schnelle, einfache Lösung und angesichts der stetigen Digitalisierung auch eine vernünftige Idee. Doch im Januar dieses Jahres deckten Recherchen des SRF schwerwiegende Sicherheitsmängel der Datenbank auf: Drittpersonen konnten aufgrund mangelhafter Identifikationsprozesse ohne ihr Wissen als potenzielle:r Spender:in eingetragen werden. Zudem war es möglich gewesen, alle Dateien im Register einzusehen. Die Sicherheit fiel der Einfachheit zum Opfer. Mittlerweile wurde das Register geschlossen und die Daten der rund 130'000 eingetragenen Personen gelöscht.

Mit der Gesetzesänderung ist der Bund nun verpflichtet, ein neues, sichereres Register zu entwickeln. Eines, das Sicherheit und Funktionalität verbindet. Bis diese neue Kartei jedoch entwickelt ist, wird es wohl noch eine Weile dauern. In der Zwischenzeit ist die Sorge eines Anstieges des Organmangels in der Schweiz durchaus plausibel. Den Aufwand, einen physischen Organspendeausweis auszufüllen oder die Spendenbereitschaft in eine Patientenverfügung einzutragen, betreiben längst nicht alle einst in der Online-Kartei Eingetragenen. Den Krankenhäusern fehlt es dadurch an Informationen zu mehreren tausend potenziellen Spender:innen. Genau deshalb sei es in dieser Übergangszeit noch wichtiger als je zuvor, sich Zeit zu nehmen, einen Organspendeausweis oder eine Patientenverfügung auszufüllen und vor allem mit dem Umfeld über Organspende zu sprechen, meint Patrizia Manolio von Swisstransplant, die an der Jugendsession als Expertin zu Gast war.

"Sag ja. Sag nein. Sag etwas."

Häufig entscheiden sich Angehörige in Trauer gegen eine Organentnahme, selbst wenn die verstorbene Person selbst zugestimmt hätte. Um Angehörige nach einem Todesfall zu entlasten, ist die Festhaltung und Kommunikation der eigenen Absichten zu Lebzeiten wichtig. Liegt eine Dokumentation des Willens in Form eines Organspendeausweises, worin auch der Wunsch, nicht zu spenden, festgehalten werden kann, oder einer Patientenverfügung vor, wird diese in jedem Fall den Angehörigen zur Unterstützung ihres Entscheids präsentiert. So kann den Hinterbliebenen geholfen werden, eine Entscheidung im Sinne der verstorbenen Person zu treffen.

"Wir müssen die Zeit bis 2025 nutzen."

Über Sinn, Zweck und Notwendigkeit des neuen Transplantationsgesetzes sind sich die Jugendlichen der Arbeitsgruppe "Organspende und Organhandel" von Beginn an einig. Sie entscheiden deshalb, ihren Fokus auf die Umsetzung und die Aufklärung der Bevölkerung über die Gesetzesänderung zu richten. Es ist ein Gesetz, das uns zwangsläufig alle betreffen wird. Ob auf der spendenden oder empfangenden Seite - wobei letzteres wahrscheinlicher ist: Wenn der Staat Gesetze über die Körper seiner Bürger:innen erlässt, ist es auch deren Recht, darüber aufgeklärt zu werden. Und das neutral, eklatant und verständlich sowie in allen nötigen Sprachen, Formen und Bereichen. Die Bevölkerung muss informiert und das Thema Organspende breit diskutiert sein. Das fordert die Arbeitsgruppe "Organspende und Organhandel" am Sonntagnachmittag vor der versammelten Session. Die Forderung wird angenommen und an Nationalratspräsidentin Irène Kälin übergeben.

Die Umsetzung der Aufklärungskampagnen zur erweiterten Widerspruchslösung bis 2025, und hoffentlich weit darüber hinaus, kann vielleicht ein Indiz dafür sein, welches Gehör sich die Anliegen der Jugendsession im Parlament verschaffen können.

swiss transplant

OR-code und Logo: "swisstransplant"

Yvan Pierri

Big Data : le nouveau Big Brother ?

Yvan Pierri

Big Data, micro-ciblage, et autres capteurs biométriques sont les mots-clés d'une nouvelle surveillance toujours plus performante et forcément inquiétante. Il est donc normal que la thématique soit débattue à la Session des jeunes.

L'ambiance dans la petite salle de la Gerechtigkeitsgasse 36 est à la fois sérieuse et hilare. Les jeunes, tous venus de différentes régions de la suisse allemande débattent avec un mélange de passion et de nonchalance qui caractérise cette jeunesse à peine sortie de l'adolescence. Les deux responsables de groupes Louis Hütter et Jannosch Klaus recueillent les différentes propositions d'amendement que les débats génèrent. Car si le groupe de travail est chargé du thème « surveillance », leur revendication a déjà été envoyée la veille et ils doivent, ce samedi 12 novembre, s'intéresser aux propositions des autres groupes de travail quant aux thématiques variées de la Session des jeunes.

Au moment où Avegnir rejoint le groupe, l'ironie du hasard aura voulu que le thème débattu soit… la liberté de la presse : « je trouve que sensibiliser les jeunes à la politique est important et c'est la raison pour laquelle je suis devenu responsable de groupe », explique Jannosch Klaus, ancien participant de la Session des jeunes prenant pour la première fois la casquette de responsable de groupe : « je pense que le thème de la surveillance est une thématique extrêmement actuelle qui doit être discutée. C'est passionnant de voir que les jeunes ont leurs opinions à ce sujet et qu'ils n'hésitent pas à s'exprimer », continue Jannosch. Son rôle est celui de guider et d'accompagner les jeunes pour qu'ils trouvent et formulent leurs revendications correctement. Il a pour cela été aidé par un expert et un parlementaire venus respectivement jeudi et vendredi pour discuter de la thématique avec les jeunes : « je suis responsable de l'organisation du groupe et eux le sont de la politique », résume Jannosch.

Parmi les nombreux thèmes abordés lors de la Session des jeunes, la surveillance était l'une des thématiques qui a fait débat à l'intérieur même du groupe de travail chargé de la revendication : « on a eu quelques discussions très animées » déclare Davide, jeune bâlois de 18 ans : « certains étaient très

Bild: Yvan Pierri

pro-surveillance, d'autres plutôt contre mais on a pu se mettre d'accord sur le fait que nos données personnelles ne devraient pas être surveillées », continue l'étudiant au Gymnase pour qui la participation à la Session des jeunes est une première expérience. Finalement, la revendication du groupe s'est portée autour de la cybersécurité, demandant à la Confédération de définir des normes de protection obligatoire des systèmes informatiques des entreprises : « ces normes devraient être appliquées de façon à limiter les cyberattaques, le tout avec la justification de pouvoir diminuer les coûts d'assurance. Après tout, si les standards sécuritaires sont meilleurs, les dommages occasionnés sont moins nombreux », affirme le reponsable de groupe. Le dimanche suivant, la revendication est soumise à l'assemblée générale de la Session des jeunes. La proposition originelle du groupe de travail se voit affublée de trois amendements proposés par les autres groupes qui seront débattus pendant la demi-heure allouée à la thématique. Si les représentant.e.s du groupe de travail sur la surveillance soutiennent que les infrastructures informatiques suisses sont trop faibles face aux cyberattaques, la partie adverse déplore un manque de précision dans la revendication. Les libéraux.ales butent sur ce qu'ils estiment être une atteinte à la liberté d'entreprise via le premier amendement, exigeant que les normes soient volontaires. Le deuxième et troisième amendements quant à eux, exigent respectivement un meilleur contrôle des utilisateur.trice.s sur leurs données et une aide de défense étatique en cas de cyberattaque. Finalement, c'est la proposition enrichie du troisième amendement qui est acceptée à 119 voix contre 29 au terme de la S ession. Un résultat qui peut être largement considéré comme une victoire pour le groupe de travail.

Etwa 37'647 Menschen erhielten im Jahr 2021 den Schweizer Pass. Das ist, als würde man das gefüllte St. Jakob Stadion in Basel jährlich einbürgern. Dieser Prozess, den viele Menschen durchmachen müssen, sorgt nicht nur in der Politik für viele Debatten, sondern auch in der diesjährigen Jugendsession. Vom Einbürgerungstest bis hin zur Definition von "Integration": In der Arbeitsgruppe für Einbürgerung und Migration wurde zwischen Teilnehmer:innen, Expert:innen und Parlamentarier*innen viel diskutiert. Dabei scheint die Debatte immer wieder zu einem Anliegen zurückzukommen: Wie viel Spielraum sollte der Entscheidung, ob eine Person eingebürgert wird oder nicht, gewährleistet werden?

Das politisch-persönliche Urteil

Helena Quarck

In der Schweiz kann man nicht von einem Einbürgerungsprozess sprechen, sondern vielmehr von Einbürgerungsprozessen. Die Einbürgerung findet nämlich auf drei Ebenen statt: Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Dies sorgt dafür, dass ein Einbürgerungsprozess je nach Kanton oder sogar Gemeine unterschiedlich aussehen kann.
Eine ordentliche Einbürgerung setzt zusätzlich einiges voraus: Antragstellende müssen mindestens zehn Jahre in der Schweiz gewohnt haben, davon zwei bis fünf in der gleichen Gemeinde, eine Niederlassungsbewilligung besitzen und nicht zuletzt auch eine erfolgreiche Integration hinter sich haben. Die Entscheidung darüber, ob eine Person eingebürgert wird, oder eben nicht, liegt letztendlich bei den Gemeinden und wird meist mithilfe eines persönlichen Gesprächs gefällt.

Bei diesem Gespräch geht es üblicherweise darum, einerseits Fragen zur Geschichte, Politik und Geographie des Landes und andererseits persönliche

Fragen zur Integration zu beantworten. Welche Sportart wird in Schweizer Vereinen am häufigsten gespielt? Welche Funktion haben Kirchenglocken in der Schweiz? Welche Versicherung wurde 1948 in der Schweiz eingeführt? Wer Fragen wie diese nicht beantworten kann, riskiert eine misslungene Einbürgerung. Einige Teilnehmer:innen der Arbeitsgruppe haben Mühe damit. Sie können viele dieser Fragen selbst nicht beantworten und dabei zweifelt keiner an ihrem Schweizerischen Bürgerrecht. Wie sollen solche Fragen darauf hinweisen, ob eine Person eingebürgert werden soll oder nicht? Die kurze Antwort darauf ist: Das sollten sie nicht. Zumindest nicht alleine, denn im Einbürgerungsgespräch werden üblicherweise auch persönliche Fragen gestellt. Warum wollen Sie Schweizer Bürger:in werden? Wie haben Sie sich in der Gemeinde integriert? Mithilfe dieser Fragen soll eingeschätzt werden, ob eine Person eine erfolgreiche Integration hinter sich hat und ob die Person die „Schweizer Werte" vertritt. Diese Faktoren werden „Softfaktoren" genannt. Hierbei spaltet sich die Meinung der Gruppe. Einige zweifeln an einer eindeutigen Definition von „Integration" und der schweizerischen Werte und daher auch an der Wirkung dieser persönlichen Fragen. Kritisiert wird auch der Spielraum, welcher die sogenannten „Softfaktoren" zur Diskrimination bieten. Andere finden, dass die Lebensweise der Menschen in der Schweiz und demnach ihre Integration genauso wichtig seien wie ihr Wissen zum Land.

Martina Bircher, Nationalrätin der SVP, ist bei der Arbeitsgruppe zu Besuch. Neben ihrem Amt im Nationalrat ist sie in ihrer Gemeinde als Gemeinderätin in der Kommission für Einbürgerung tätig und ist selbst bei Einbürgerungsgesprächen dabei. Sie erklärt der Gruppe, welche Faktoren sie für eine erfolgreiche Einbürgerung für wichtig hält. Neben den ordentlichen Bedingungen, die eine Einbürgerung voraussetzt, sei für sie die Integration in der Wohngemeinde sowie die Vertretung Schweizer Werte von Bedeutung. Dabei soll mithilfe von

Themen, die man in einem Einbürgerungsgespräch behandelt, ermittelt werden, ob eine Person tatsächlich integriert ist oder nicht. Es handelt sich dabei um sogenannte „Softfaktoren". Heutzutage sei es allerdings schwierig, einer Person aufgrund dieser Soft-Beurteilung die Einbürgerung zu verweigern, kritisiert Frau Bircher. Das läge daran, dass diese nicht immer eindeutig seien und sich daher keine definitiven Entschlüsse ziehen lassen. Wer also finde, dass unser Einbürgerungssystem heutzutage streng sei, läge grundlegend falsch, denn solange man keine Sozialhilfe bezieht, kein Eintrag im Strafregister und keine Betreibungen hat, sei es schonmal sehr unwahrscheinlich, abgelehnt zu werden.

Menschen zu machen, gerade weil sie bereits strenge Bedingungen für die Einbürgerung erfüllt haben". Ausserdem stellt sie die Definition von „Schweizer Werten" in Frage: Diese seien nicht eindeutig definierbar und daher sei die Einbürgerung nicht mehr an diese angeblichen Schweizer Werte zu knüpfen. Die Vereinfachung der Einbürgerung, die sich durch das Verzichten auf diese Softfaktoren ergeben würde, wäre ein Gewinn: „Ich finde, die Menschen sollen mitbestimmen dürfen!".

Die angenommene Forderung der Arbeitsgruppe, das Einbürgerungsverfahren auf kantonaler und Gemeindeebene zu vereinheitlichen, stösst bei

Arbeitsgruppe «Einbürgerung und Migration» im Gespräch mit Nationalrätin Martina Bircher (Bild: Joelle Schneider)

Céline Widmer, Nationalrätin der SP, ist ebenfalls bei der Arbeitsgruppe zu Besuch. Sie sieht die Bedeutung von Softfaktoren ganz anders. Softfaktoren sollen bei einer Einbürgerung weniger Gewicht tragen. Es läge nicht bei der Politik, persönliche Urteile über Menschen zu treffen. Frau Widmer könnte sich daher das Einbürgerungsverfahren als reinen Verwaltungsakt vorstellen, denn je wichtiger Softfaktoren werden, desto mehr Spielraum für Diskriminierung würde geschaffen werden. „Es ist ein grosses Privileg, mit dem Schweizer Pass geboren zu werden", erklärt sie, „und es soll nicht an mir liegen, persönliche Urteile über

weiteren Teilnehmer:innen der Jugendsession auf Kritik. Auch hier ein entscheidender Punkt: Die Softfaktoren. Eine Vereinheitlichung der Systeme würde die Gemeinden und deren Rolle in der Einbürgerung diskriminieren, meint ein Teilnehmer. Es gehe bei einer Einbürgerung nicht um Wissen über das Land, sondern vielmehr um die Beteiligung, die Sprache und die Integration in den Gemeinden. Diese Meinung teilten die 113 Stimmen, die für diese Forderung gestimmt haben, auf jeden Fall nicht.

Nicolas Rodigari

Informare, informarsi: perché è così difficile?

Nicolas Rodigari

Nonostante la costante esposizione a nuove informazioni, i più giovani faticano a districarsi tra fonti non attendibili e dati non verificati. Alla Sessione dei Giovani si discute su come supportare le nuove generazioni nella lotta contro la disinformazione.

Mai, nella storia dell'umanità, le notizie hanno viaggiato rapidamente come lo fanno oggi. E mai le informazioni sono state così tanto accessibili come lo sono oggi. Eppure, per un giovane che si trova all'improvviso di fronte alla necessità di far fronte alle dinamiche tremendamente complesse di un mondo incomprensibile, rimanere aggiornato pare un compito pieno di insidie. Come orientarsi nella giungla mediatica delle fake news, degli opinionisti impreparati, degli influencer con secondi fini, dei bot e dei troll? Non è cosa facile, e proprio per questa ragione il gruppo italofono ha deciso di dedicarsi a questo tema.

"I dati sull'informazione giovanile sono preoccupanti. Ma secondo noi quella dei giovani non è mancanza di interesse, ma mancanza di strumenti e di supporto adeguato". Così ha commentato una giovane partecipante durante i lavori preparatori, che hanno visto il gruppo farsi subito affiatato. E, in effetti, discutendone sono stati individuati svariati progetti e piattaforme pensate per aiutare le nuove generazioni a informarsi adeguatamente, ma queste sono sconosciute ai più.

La richiesta elaborata infine dal gruppo per il Parlamento è una campagna il più possibile efficace di sensibilizzazione per prevenire la disinformazione. "Secondo noi, l'informazione è la base stessa della democrazia, se il mondo giovanile non riesce a informarsi adeguatamente non può funzionare bene" ha spiegato un partecipante. Ma come si raggiungono i giovani? Una domanda che sembra mettere in difficoltà da sempre il mondo degli adulti. E per questo ogni tentativo di educare a un'informazione consapevole e rigorosa finora pare essere stato vano.

Forse, per una volta, basterebbe chiedere direttamente a loro. Le dinamiche delle nuove generazioni sfuggono a

Bild: Adeline Mougel

tentativi di comprensione spesso semplicistici, e proprio per questa ragione eventi come la Sessione dei Giovani sono più fondamentali che mai.
Alla prova del voto in Aula, tuttavia, la proposta del gruppo non viene accolta. La rivendicazione è stata reputata, nonostante l'interesse suscitato dall'argomento, poco concreta e troppo vaga. "Non ci aspettavamo il respingimento della proposta, ma ne capiamo le ragioni. La nostra idea aveva alle spalle una lunga riflessione, e proprio per questo abbiamo cercato di evitare di aggiungere dettagli che avrebbero rischiato di renderla inattuabile" spiega una giovane partecipante interpellata dopo il voto. "Però, visto che l'attenzione dei Parlamentari alle proposte provenienti della Sessione non può essere illimitata, comprendiamo la volontà di voler portare avanti proposte più concrete della nostra". Così ha commentato un'altra giovane partecipante, rimasta comunque molto soddisfatta del lavoro fatto con il resto del gruppo.
E infatti, nonostante il respingimento della loro rivendicazione, il gruppo italofono si è potuto portare a casa un premio di consolazione non di poco conto: durante i lavori è arrivato loro l'incoraggiamento tramite video di Noè Ponti, medaglia olimpica di nuoto e idolo dei giovani ticinesi. E l'entusiasmo generato dalle parole del giovane atleta dimostrano che dopotutto avevano ragione loro, i giovani non sono affatto irraggiungibili e indifferenti. Il loro interesse c'è ed è vivo, basta solo saperlo correttamente individuare e stimolare.

Schwimmen im Trockenen

Ein Interview mit Balthasar Glättli

Linus Kleschin, Nele Krings und Helena Quarck

Während der vier Tage hörte man immer wieder, wie die Worte «Jugend» und «Politik» im selben Satz fielen. Schliesslich sollen bei der Jugendsession Jugendliche aus der ganzen Schweiz aktiv an politischen Entscheidungen teilhaben, was vom Bund unterstützt wird. Warum scheint es dann immer noch so schwierig, das Stimmrechtsalter 16 auf nationaler Ebene durchzubringen? Wie beurteilen Politiker:innen überhaupt die Wirkung der Jugendsession? Und sind die Forderungen der heutigen Jugend wirklich so unrealistisch, wie manche sagen?

All diese Fragen und mehr brannten uns förmlich unter den Nägeln, als wir die Möglichkeit bekamen, mit Nationalratsmitglied und Präsident der GRÜNEN Schweiz, Balthasar Glättli, ein Interview über Jugend und Politik zu führen.

Avegnir: Wie sind Sie in Ihrer Jugend zum ersten Mal in Kontakt mit der Politik gekommen?

Balthasar Glättli: Da habe ich vermutlich keinen typischen biographischen Hintergrund. Als Kind erkrankte ich an Leukämie und war eine Zeit lang nicht in der öffentlichen Schule, sondern zuhause bei meinen Eltern, wodurch ich schon sehr früh sehr gut lesen lernte. Ich habe bereits in der Mittelstufe viel Zeitung gelesen und die Politik hat mich immer sehr interessiert. Ganz konkret in die Politik gekommen bin ich später über mein Engagement an der Mittelschule, wo ich mich unter anderem für mehr Mitbestimmung der Schüler:innen eingesetzt habe. Als etwa 16-Jähriger habe ich dann eine Drittwelt- und Umweltgruppe mitgegründet. Auf Einladung der Kirche meines Heimatorts Wolfhausen trafen sich einige Dorfbewohner*innen mit Interesse an Drittweltthemen. Wir alle waren aber nicht so kirchennah, also gründeten wir gemeinsam die WUM: “Welt, Umwelt, Mitwelt”. Damit hat es mir dann wirklich den Ärmel reingenommen in die Politik. Die WUM umfasste eigentlich schon die ganze inhaltliche Breite dessen, was nachher mein Engagement bei den GRÜNEN war. Durch mein hohes Engagement bei der WUM wurden dann auch die GRÜNEN letztlich auf mich aufmerksam.

Avegnir: Denken Sie, Sie hätten etwas gebraucht, um schneller als junge Person in die Politik zu kommen? Oder was hätten Sie sich jetzt im Nachhinein während Ihrer Jugend gewünscht?

Balthasar Glättli: Ich glaube, ich muss es umgekehrt formulieren: Ich hatte vieles, was viele nicht haben. Für mich war die Politik dann interessant, wenn es Sachen betroffen hat, bei denen ich selbst etwas tun konnte. Ich denke, das ist auch das grösste Defizit des klassischen Staatskundeunterrichts, das Schwimmen im Trockenen. Denn das ist immer weniger spannend, weniger lehrreich und weniger faszinierend, als das Schwimmen im Wasser. Deshalb kämpfen wir GRÜNEN auch für das Stimmrechtsalter 16. Eine unserer Motivationen ist, dass man gerade jenen Menschen, die noch am längsten unter den Folgen unserer Entscheidungen leben, auch ein Mitspracherecht geben sollte. Damit wären die Auseinandersetzungen der jungen Generation um politische Fragen praktisch anstatt ausschliesslich theoretisch. Ich glaube auch, dass sich Diskussionen in der Schule über Abstimmungen verändern würden, wenn alle mitmachen könnten. Was aus meiner Sicht ebenfalls sehr effektiv wäre, ist eine verbindliche Ausgestaltung der heutigen Formen der Jugendpartizipation. Wie beispielsweise, dass die Parlaments-Kommission die Petitionen der Jugendsession nicht nur kurz im Schnelldurchlauf durchnimmt, sondern dass vielleicht zumindest eine Delegation der entsprechenden Kommission die Forderungen sicher vertritt. Ich habe mich schon als junger Student dafür eingesetzt, dass Jugendparlamente nicht nur ein Spiel sein dürfen, sondern konkrete Folgen haben müssen. Solche Parlamente brauchen ein eigenes Budget oder zumindest die Gewissheit, dass ihre Vorschläge, dort wo über sie entschieden wird, ernst genommen werden.

Avegnir: Das Stimmrechtsalter 16, das Sie ja schon erwähnten, wurde dieses Jahr im Kanton Zürich sowie im Kanton Bern deutlich abgelehnt, was uns vielleicht zeigt, dass die Schweiz momentan noch nicht bereit dafür ist. Was würde ihrer Meinung nach helfen, um die Menschen umzustimmen bzw. das Vertrauen gegenüber der jungen Generation zu stärken?

Balthasar Glättli: Ich finde es sehr wichtig, dass man auch die positiven Beispiele nennt. So hat die Landsgemeinde von Glarus das Stimmrechtsalter 16 akzeptiert. Auch im Schweizer Parlament erreichten wir zweimal eine Mehrheit im Nationalrat, weshalb ich glaube, dass wir es schaffen können. Für mich ist der Kern der Demokratie, dass Betroffene zu Beteiligten werden. Zudem müssen junge Menschen auch sonst wichtige Entscheidungen für ihr Leben treffen, wie etwa die Berufswahl, und da wird auch nicht gesagt, dass sie zu jung seien. Momentan versuchen wir das meistgenannte Argument der Gegenseite aber ernst zu nehmen, indem wir für 16-Jährige nur das aktive Wahlrecht erlauben wollen und noch nicht das passive. Wir hatten zwar auch schon Vorstösse mit dem vollen Stimm- und Wahlrecht 16, entschieden uns aber dafür, nun einen Schritt auf die Gegenseite zuzugehen, um das Vertrauen zu stärken. Wir hoffen nun, dass wir mit dieser schlankeren Vorlage definitive Mehrheiten finden werden.

Avegnir: Zahlen belegen, dass die Stimmbeteiligung bei jungen Leuten relativ tief ist. Dies obwohl die Jugend heutzutage ziemlich politisch ist. Würde die Einführung des Stimmrechtsalters 16 zu einer höheren Stimmbeteiligung der jungen Generation führen?

Balthasar Glättli: Ich würde mir dies erhoffen, bin aber nicht für einen Stimmzwang. Das Abstimmen ist ein Recht und keine Pflicht. Dies gilt auch für die älteren Generationen. In der Schweizer Demokratie stimmen wir mehrmals pro Jahr auf verschiedenen Ebenen ab. Dies ist eine Herausforderung für alle, die sich vertieft mit den Themen befassen wollen und deshalb beobachten wir in der Schweiz, dass es Abstimmungen mit hohen, und solche mit niedrigen Beteiligungen gibt. Ich könnte mir vorstellen, dass das Stimmrechtsalter 16 zu einer höheren Beteiligung der Jungen führen wird, weil konkrete Inhalte zu den Abstimmungen gemeinsam in der Schule besprochen werden können. Verbunden mit dem Stimmrecht ist es dann Schwimmen «im Wasser» und nicht auf dem Trockenen.

Avegnir: Minderjährige haben momentan nur bei Veranstaltungen wie der Jugendsession oder in Jungparteien ein politisches Mitspracherecht. Wie sehen Sie als Nationalrat die Wirkung der Jugendsession? Wie werden die Vorschläge im Parlament wahrgenommen?

Balthasar Glättli: Es wäre sinnvoll, wenn sich die Jugendsession überlegen würde, ob sie ein Pat:innensystem einführen würde. Dies hat zum Beispiel die Frauensession im letzten Jahr gemacht. Das führt zu einer höheren Verbindlichkeit, weil die Forderung in Form eines wirklichen Vorstosses von Parlamentarier:innen eingereicht wird und dann auch darüber diskutiert werden muss. Es sollte aber transparent kommuniziert werden, dass der Vorstoss aus der Jugendsession kommt und dort auch eine Mehrheit gefunden hat. Die jetzige Form mit dem Einreichen von Petitionen ist aufgrund des Geschäftsreglements des Parlaments kein besonders gewichtiges Instrument. Das ist schade, weil viele Vorschläge es wert wären, intensiver diskutiert zu werden. Ich unterstütze nicht alle Vorschläge, aber für eine seriöse Diskussion muss nach entsprechenden Mitteln und Wegen gesucht werden. Ein Vorstoss von Katharina Prelicz-Huber wurde abgelehnt (Anm. d. Red.: Vorstoss zum Vorstellungsrecht

der Jugendsession und Kinderkonferenzen in den Kommissionen). Entweder nimmt man hier nochmals einen Anlauf oder geht, zumindest für eine Übergangsphase, zum Beispiel auf jüngere Parlamentarier:innen zu und gewinnt sie aktiv als Vorstosspat:innen.

Avegnir: Denken Sie, dass politische Bewegungen wie der Klimastreik mehr Einfluss auf die Politik haben als Formate wie die Jugendsession?

Balthasar Glättli: Ich denke, dass dies bei den Wahlen 2019 sicher der Fall war. Die Mobilisation war aber auch deshalb so gross, weil es nicht nur Jugendliche waren. Aus meiner Sicht waren nicht nur die Demonstrationen auf der Strasse wichtig, sondern auch das Bewusstmachen der Dringlichkeit der Klimakrise. Bis zum Aufkommen des Klimastreiks wurde oft von den «kommenden Generationen» gesprochen. Unter dem Motto "Wessen Zukunft? Unsere Zukunft!" wurde die Thematik in die Gegenwart verlegt. Dieser Appell kam generationenübergreifend von Klimajugendlichen bis Klimasenior:innen. Dies sah man beispielsweise an der riesigen nationalen Klimademonstration in Bern vor drei Jahren, bei welcher Menschen aus allen Altersklassen anwesend waren. Ich finde das sehr wichtig, denn es ist auch eine Verantwortung der Generationen, die diese Welt in Unordnung hinterlässt, zu reparieren, was noch zu reparieren ist. Daher können solche Bewegungen eine grössere momentane Wirkung haben. Gleichzeitig ist es aber auch eine Stärke der Jugendsession, dass sie institutionell verankert ist. Ausserdem hat die Jugendsession nicht nur die Aufgabe, Forderungen zu stellen, sondern die Jugendlichen auch für das Politische, die Debatte und Auseinandersetzungen zu interessieren. Dies bietet einen anderen Einstieg in die Politik als Jungparteien, bei denen man hingegen schon wissen muss, wo man sich innerhalb des politischen Spektrums befindet.

Avegnir: Jugendbewegungen wie dem Klimastreik, wird oft vorgeworfen, dass ihre Forderungen unrealistisch sind. Wie sehen Sie das?

Balthasar Glättli: Ich war heute in der Gruppe Onlinehandel und da diskutierten wir über das Thema Versandhandel. Während der Diskussion haben wir an kleinen Details und Modellen gefeilt und ich hatte eher das Gefühl, dass die Gruppe sehr detailliert und pragmatisch vorgegangen ist. Den Eindruck, die Forderungen seien unrealistisch, hatte ich gar nicht.
Angesichts der Klimakrise muss man sich zudem fragen: Was ist «realistisch»? Wenn alles so bleibt wie es ist, dann ist bald nichts mehr so wie es ist. Mit jedem wissenschaftlichen Bericht über die Klimakrise durch den Klimarat IPCC wird die Prognose düsterer und der Druck zu handeln grösser. Ich glaube nicht, dass man ein Problem besser beheben kann, wenn man die Augen zu macht, als wenn man hinschaut. Umgekehrt dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Wir brauchen Optimismus, gerade weil die Situation so schwierig ist. Wir können uns keine zwei Wochen erlauben, um frustriert zu sein. Wir müssen kämpfen. Jetzt.

Avegnir: Was braucht es für strukturelle Veränderungen in der Politik, damit mehr junge Menschen politisch aktiv werden?

Balthasar Glättli: Die institutionelle Politik ist relativ offen, wenn man das nötige Engagement zeigt. Die Anzahl an jungen Menschen, die bei den GRÜNEN aktiv sind, zeigt, dass man bis nach oben kommen kann, wenn man das wirklich will. Gleichzeitig merke ich bei den Jungen Grünen, der grössten Jungpartei der Schweiz, dass es unglaublich wichtig ist, immer wieder neue Generationen zu motivieren, damit es nicht nur wenige und die immer gleichen sind, die während Jahren alles prägen.

Momentan können glücklicherweise immer mehr junge Menschen dazustossen und merken, welche Art von politischer Arbeit sie am meisten packt. Es gibt verschiedene formelle und weniger formelle Möglichkeiten, sich zu engagieren. Ich finde, da muss die Politik nicht viel ändern. Ein entscheidender Punkt wäre, das Stimmrechtsalter auf 16 zu senken, da es der Jugend schon früher ermöglicht, nicht nur zu spielen, sondern auch real dabei zu sein. Es ist wichtig, dass man Formen von verbindlicher Mitsprache ausserhalb der Parlamente findet. Umgekehrt gibt es aber auch negative Entwicklungen, die mir momentan grosse Sorgen machen. Ein Beispiel dafür ist die politische Bildung in der Schule, die in der neuen Maturitätsverordnung unter Druck gerät. Man muss nicht unbedingt nur Neues machen, sondern ebenso darauf achten, Gutes, das funktioniert, nicht kaputt zu machen.

Avegnir: Wenn sie auf einen Aspekt der politischen Bildung setzen könnten, welcher wäre es?

Balthasar Glättli: Ich würde auf die Jugendparlamente setzen. Da gibt es die Möglichkeit, sich konkret für etwas einzusetzen und auch etwas zu bewirken. Es wäre durchaus sinnvoll, dies in einem lokalen Kontext zu machen, wo es beispielsweise um die Gestaltung von Quartieren geht. Man könnte junge Menschen auf Gemeindeebene selbst entscheiden lassen, wie ihre Umgebung aussehen soll.

Avegnir: An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich für das Interview!

Bild: Balthasar Glättli im Interview mit Avegnir

Laurie Nieva

Et si notre projet s'appelait «Organes et préjugés»

Laurie Nieva

« Le but n'est pas de convaincre les gens de donner leurs organes, mais de permettre de prendre une décision informée » - un.e participant.e

Cette année un des groupes francophone a eu pour thème « trafic et don d'organes ». Le groupe a commencé par se familiariser avec des termes variant de « mort cérébrale » à « égalité des chances » en passant par les différents types de consentement : présumé ou explicite et au sens strict ou large, ce qui lui a permis de comprendre la législation actuelle en Suisse mais également les changements qui devront être fait pour 2025.

En effet lors de la votation du 15 mai 2022, le peuple suisse s'est prononcé en faveur du consentement présumé au sens large, c'est à dire qu'une personne n'ayant pas fait connaître sa volonté quant au don d'organes après sa mort, est considérée comme donneuse potentielle si ses proches ne s'y opposent pas. Le principe actuellement en vigueur en Suisse est celui du consentement explicite au sens large, c'est à dire que si la volonté du.de la défunt.e n'est pas connue c'est à ses proches de prendre une décision, qui en cas de doute se prononcent généralement contre le don d'organes.

Lorsque le consentement est au sens strict, l'avis des proches n'est pas nécessaire. En cas de consentement explicite au sens strict, en absence de volonté officielle, le.a défunt.e est présumé.e comme non-donneur.se. Dans le cas d'un consentement présumé au sens strict, le.a défunt.e est présumé comme donneur.se sauf s'il a fait part de sa volonté de ne pas donner ses organes.

Bild: Adeline Mougel

C'est quoi « donner un organe » ?

Pour faire un don de ses organes après sa mort, il est nécessaire de remplir des conditions très strictes. Il faut que le.a donneur.se meurt cérébralement à l'hôpital et que son cœur puisse continuer à battre à l'aide de machines pour que les organes restent sains. Un.e donneur.se peut sauver jusqu'à neuf vies, mais aussi changer les vies des proches des patient.e.s receveur.se.s.

Il est également possible de donner un organe ou un bout d'organe de son vivant, de faire des dons altruistes (souvent à des proches compatibles) comme des dons croisés. Ces derniers forment une sorte de chaîne à travers les proches des patient.e.s prêt.e.s à subir une opération mais qui ne sont pas compatibles avec leurs proches. Par exemple si un homme A a besoin d'une transplantation de rein et que sa femme A était prête à devenir donneuse mais n'est pas compatible, un homme B compatible avec l'homme A pourrait lui sauver la vie. En échange la femme A deviendrait donneuse pour la soeur de l'homme B, les deux femmes étant compatibles. Les dons croisés peuvent impliquer plus de deux familles.

En cas de don de son vivant, la personne concernée doit remplir certaines conditions physiques mais aussi psychologiques. Ce n'est pas un choix qui est pris à la légère que ce soit pour les donneur.se.s, pour les receveur.se.s ou l'équipe médicale.

Mise en commun

Les jeunes ont été séparés en petits groupes afin de présenter leurs avis sur cette thématique. Tous les groupes s'accordent sur une chose : il faut mieux informer la population. Les propositions fusent : journées d'information à l'école, information et décision officielle lors du passage du permis de conduire, décision sur la puce des cartes d'assurances maladies, une lettre officielle de la confédération à renvoyer avec sa décision, ou encore une case à cocher lors de la déclaration d'impôts. Chaque idée est débattue avec intensité; quelle est la faisabilité de cette proposition ? Éthiquement ? Financièrement ? Dépend-elle de la confédération ?
Les trois expert.e.s invité.e.s, Susanne Nyfeler travaillant pour l'Office Fédéral de la Santé Publique (OFSP), Liz Schick travaillant pour swisstransplant (et elle-même greffée du foie depuis vingt-cinq ans) et Stève Bobillier Docteur en philosophie et collaborateur de la commission de bioéthique de la Conférence des Évêques Suisses (CES), se sont fait un plaisir de commenter ces propositions et de répondre aux questions des groupes. Madame Nyfeler rappelle à ces derniers qu'envoyer une lettre à chaque personne provoquerait des coûts financiers et administratifs importants. Madame Schick ajoute qu'il ne faut pas négliger les sentiments des proches des donneur.se.s potentiel.le.s dans une recherche d'efficacité. De son côté, le Dr Bobillier informe qu'il y a déjà eu une proposition concernant les cartes d'assurances maladies qu'il soutient particulièrement. Enfin, les responsables de groupes rappellent aux jeunes que leur proposition doit être au niveau fédéral et qu'une sensibilisation via les écoles serait du ressort des cantons.

Le sujet du trafic d'organes, quant à lui, n'a été que survolé. La loi fédérale sur la transplantation interdit depuis 2003 de fournir ou de recevoir de l'argent pour un don d'organes, de tissus ou de cellules. Certain.e.s participant.e.s ont toutefois mentionné qu'une peine privative de liberté de trois ans au plus leur semblait faible en cas de trafic d'organes, mais que ce n'était pas leur priorité pour cette Session des jeunes.

Les expert.e.s

« Je suis content de voir autant d'intérêt de la part des jeunes », sourit le Dr Stève Bobillier après la mise en commun. En tant qu'expert en éthique, il est d'avis que le groupe est sur une bonne voie avec une idée de sensibilisation du sujet pour le public. Il souligne également que les grandes religions monothéistes telles que le christianisme, l'islam et le judaïsme encouragent le don d'organes.
« J'avais peur qu'ils nous demandent des chiffres précis », affirme Liz Schick en riant. Elle avoue que favoriser les expériences de vie plutôt que les statistiques sont parfois déshumanisantes. Elle explique qu'avec swisstransplant les dons sont anonymes afin de préserver l'intimité de chacun. Parallèlement la communauté des personnes transplantées est très soudée; « je remercie chaque donneur.se comme si c'était lui.elle qui m'avait sauvé la vie ».

La revendication

Le groupe s'intéressait particulièrement à un projet de déclaration de consentement à mettre sur la carte d'assurance maladie qui était fortement encouragée par le Dr Bobillier. Cette information ne serait accessible que par les médecins en cas de nécessité afin d'assurer de ne pas influencer les soins reçus.
Finalement le groupe décide de présenter une pétition pour un programme de sensibilisation sur le don d'organe qui soit intégré aux cours samaritains dans le cadre de l'obtention du permis de conduire. Mais d'autres questions restent en suspens; comment écrire une pétition, claire, courte et concise ? Quelle formulation est la plus pertinente ? Faut-il utiliser l'écriture inclusive ? Le titre doit-il être précis ou percutant ? Le groupe essaye de rester concentré et d'expliquer le plus clairement possible les informations récoltées en deux jours de travail.
En riant, ils se mettent d'accord sur le titre « organes et préjugés » inspiré du roman de Jane Austen « orgueil et préjugés ». Ils maintiennent que « ça fait sens car le but est de combattre les préjugés quant à la transplantation d'organes ».

Le plénum

Lors du plénum de dimanche, le groupe fait face à un amendement de la part de son omologue germanophone qui demande à ce que le programme de sensibilisation soit intégré à tous les cours samaritains et non pas uniquement ceux liés au permis de conduire. Ce dernier est accepté à 145 voix contre 13. Lors de sa conclusion le groupe rappelle bien que son but n'est pas de convaincre les gens à donner leurs organes mais bien d'informer la population afin que chacun puisse faire un choix éclairé. La pétition est acceptée à 119 voix contre 32.

Bild: Adeline Mougel

Adeline Mougel

Dans les coulisses de la Session fédérale des jeunes

Adeline Mougel

Ce ne sont pas les idées qui manquent à la Session des jeunes. Les arguments fusent, les voix s'élèvent mais le respect est présent. Les responsables de groupes sont là pour canaliser cette fougue politique ardente. Rencontre avec les responsables de groupe et ceux qui rendent l'événement possible.

Les responsables de groupes sont indispensables. Considéré.e.s comme des guides, des coordinateur.trice.s, des modérateur.trice.s, leur mission première consiste à donner de la structure aux revendications que les jeunes proposent.

Ne pas se perdre dans le champ des possibles

Les apprenti.e.s politicien.ne.s ont la carte du champ des possibles entre les mains. Ils abordent le thème qui leur est imposé de la manière dont ils le souhaitent. « Je n'ai absolument pas le rôle de donner des inputs de contenu. C'est pas ma résolution, c'est leur résolution. Moi, mon rôle, c'est plutôt qu'ils respectent une certaine forme, qu'ils travaillent, qu'ils avancent et qu'à la fin il y ait un produit fini qui soit produit », commente Aurélien, 24 ans.
Garder en tête qu'un projet puisse potentiellement remporter la majorité dans la Chambre du Parlement n'est pas chose aisée. Démocratie, base légale et fédéralisme ont mené la vie dure aux apprentis parlementaires. Après discussion, compromis ou consensus, les jeunes choisissent ensemble le chemin qu'ils souhaitent emprunter. Ensuite, le groupe de travail présente un projet qui tienne la route dans l'auditoire du Conseil national, le dimanche.
Que ce soit dans les salles de travail ou dans la chambre du parlement, les conversations sont enflammées. C'est ce qui réjouit Yann, 21 ans, d'être responsable de groupe : « le contact avec les jeunes, les voir débattre, voir des échanges passionnants, les questions, quand ils sont hyper passionné.e.s, quand il.elle.s ont de longues discussions avec des expert.e.s, avec les parlementaires,... C'est vrai que j'adore ça ».

Former, informer et coordonner

Pour Valentin, 24 ans, sa fonction de mebre au comité d'organisation (CO) engendre un peu moins de contact avec les participant.e.s. Cependant, il n'en savoure pas moins les débats dynamiques qui prennent place au sein du Palais fédéral : « ce qui me réjouit, c'est de voir tous ces participant.e.s-là derrière moi dans la salle et qui ont l'air de suivre avec plaisir la session, qui participent aux débats. C'est ça qui me plaît le plus ».
Son poste l'amène à interagir régulièrement avec les responsables de groupe qu'il forme, informe et coordonne : « travailler avec mes responsables de

Bild: Adeline Mougel

groupe, c'est la chose la plus importante pour moi, il faut que ça se passe bien avec eux.elles et qu'il.elle.s soient contents de travailler avec les participant.e.s », nous explique-t-il, un sourire aux lèvres.

Une organisation qui fait du bien

Une autre fonction utile à l'organisation est celle de la communication et de la collecte des fonds. Un poste occupé par Aina Waeber, 28 ans, impressionnée par cette première Session des jeunes, qu'elle prépare depuis six mois avec d'autres collaborateurs du Conseil Suisse des Activités de Jeunesse (CSAJ) : « c'est trop cool qu'on ait la liberté d'utiliser le Palais fédéral. Le travail dans les groupes est plus élevé que ce que je pensais. La première impression est très bonne, tout comme l'organisation jusqu'à ce point. J'espère que ça continuera ainsi demain ».

Une bonne organisation ressentie par Laura, 21 ans : « on a bien pu préparer en avance ce que l'on devait faire et maintenant on peut se concentrer sur ce qu'on doit faire », nous confie-t-elle, soulagée. La membre du CO a eu le temps de préparer avec sept autres bénévoles des sacs à dos contenant des cadeaux comme des produits offerts par BodyShop, sponsor de la Session des jeunes, dans la joie et la bonne humeur.

De participant.e à staff

Une fois l'âge limite atteint, de nombreux jeunes décident de prêter main forte à la Session pour continuer de faire partie de l'aventure. Amivi, 21 ans, envisage de passer de l'autre côté de la barrière en devenant membre du staff l'année prochaine : « je considère que lorsque je participe à quelque chose, j'aime bien faire partie de la relève et continuer. Là, on me donne et j'aimerais redonner en retour ». Mettre sur pied un événement gratuit d'une telle envergure sur quatre jours, une initiative qu'Amivi salue avec admiration.

Que ce soit parce que les jeunes ont atteint l'âge limite ou parce qu'ils ont envie de participer à la Session d'une autre manière, de nombreux participant.e.s deviennent staff, ne voulant plus quitter la grande famille de la Session des jeunes, comme Valentin qui a vécu la situation d'Amivi, il y a de ça quatre ans. Content de mettre la main à la pâte autrement, le président du CO nous confie qu'il se rend compte que l'organisation est une énorme machine. Quand on est participant, on ne voit pas toujours tout ça. Il renchérit : « dès qu'on passe de l'autre côté de la barrière, on se rend compte qu'il faut penser à plein de choses et qu'il y a plein de petits détails à régler qui ne sont pas toujours réglés, mais on fait de notre mieux et c'est ça qui est intéressant », conclut-il en rigolant de bon cœur.

Yann, 21 ans, a découvert la Session des jeunes grâce à son meilleur ami, président à l'époque. Après deux ans à la place des apprenti.e.s parlementaires, il passe de l'autre côté de la barrière, « ça m'a semblé être une suite logique. Au bout d'un moment, quand on a fait plusieurs fois la Session en tant que participant.e, on a un peu fait le tour, du coup, j'avais envie de voir plus, j'avais envie de voir comment ça se passait derrière, alors je me suis proposé en tant que responsable de groupe et j'adore ce que je fais ».

Vers un monde meilleur

La Session des jeunes, c'est l'occasion de goûter à la vie politique dans le but de changer les choses. Faire en sorte que le monde de demain s'améliore et évolue au gré des valeurs incarnées par les nouvelles générations que défend Yann : « il y a une relève derrière qui est vraiment intéressée, qui veut faire changer les choses, et ça c'est un engagement que j'aime beaucoup ».

Découvre l'expérience de Damien Cottier, un participant devenu parlementaire.

Bild: Yvan Pierri

Tilla Gallay

Gesichter der Jugendsession 2022

Gabriel Leitsberger (21) hat sich nach der Teilnahme an der Jugendsession im letzten Jahr dazu entschieden, sich fürs OK anzumelden, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Seine Aufgabe in der AG Marketing besteht darin, in bestimmten (an der Jugendsession unterrepräsentierten) Kantonen zusätzliche Jugendliche zu motivieren, an dem viertägigen Anlass teilzunehmen. Aber nicht nur mit seiner OK-Arbeit sorgt Gabriel für Ausgleich. „Als rechtsorientiertes Mitglied des OK bin ich in der eher mitte-links dominierten Freiwilligenstruktur der Jugendsession in der Minderheit."

Jade Pugin (19) et **Timon Gavallet** (22) ont déjà participé à plusieurs reprises à la session des jeunes. Cette année, ils ont été chefs de groupe. „Le but est de donner des conseils politiques, de donner des informations pour aider les groupes à créer leurs projets, mais sans leur donner une orientation et sans leur opposer quelque chose." Pas si simple! Cette année la taille des groupes était de vingt personnes au lieu de treize ce qui représente un autre défi. „Il faut plus de temps et de patience, parce qu'il y a plus de personnes qui veulent parler, plus d'idées aussi et du coup c'est très compliqué de recentrer tout le monde sur un seul thème."

Als neue Leitung Kommunikation bei der SAJV, der Trägerorganisation der Jugendsession, koordiniert **Aina Waeber** (28) Medienanfragen und -mitteilungen, die Zusammenarbeit mit dem Medienteam fürs Magazin Avegnir und die Social-Media-Beiträge rund um die Jugendsession. „Ich hatte die Erwartung, dass diese vier Tage sehr, sehr stressig werden und ich kaum Schlaf bekommen werde." Die Bilanz war dann glücklicherweise etwas milder: Intensiv seien die Tage schon gewesen, aber der Austausch im Team gebe einem auch viel Energie und Motivation zurück. „Besonders, dass die Koordination am Samstag von SRF, RTS, einem Jugendradio und dem Medienteam Avegnir rund über die Bühne gegangen ist, ist für mich ein persönliches Erfolgserlebnis gewesen."

Als Mitglied des Medienteams ist **Helena Quarck** (19) eine stille Beobachterin der Jugendsession. Gemeinsam mit Menschen aus den jungen Redaktionen von QUINT und spectrum verbringt sie viel Zeit mit Zuhören, Fakten und Zitate notieren, Fotografieren und Interviews führen. „In diesem Jahr beschäftigte ich mich mit der Arbeitsgruppe Migration und Einbürgerung. Besonders aufgefallen sind mir dort die heftig geführten, kontroversen Diskussionen in der Gruppe. Eine gemeinsame Richtung zu finden, erwies sich für die Gruppenmitglieder als sehr schwierig." Die gebündelte Arbeit des Medienteams hältst du nun in den Händen: das Magazin Avegnir.

Vanessa Buser (17) nimmt bereits das dritte Mal an der Jugendsession teil. Begleitet wird sie von einer Gebärdensprachdolmetscherin, denn Vanessa ist gehörlos. Das hält sie aber nicht davon ab, politisch aktiv zu sein. „Ich möchte hier an der Jugendsession zeigen, was Gehörlose können." Besonders in Erinnerung bleibt ihr der Moment, als sie letztes Jahr vor dem ganzen Plenum im Nationalratssaal stand und eine Rede gehalten hat. „Es war für mich mega krass, mein Herz schlug tausendmal höher als normal – und dann habe ich es geschafft!" Dieses Jahr fiel es ihr dann schon um einiges leichter. Ihr Ziel ist es, an die nächste Jugendsession eine:n Kolleg:in mitzunehmen und ihm:ihr (und uns allen) folgendes auf den Weg zu geben: „Egal, ob man gehörlos ist, ob man eine andere Hautfarbe hat, was man für einen Hintergrund hat, welchen Bildungsstand, welchen Beruf, es kommt überhaupt nicht drauf an. Alle können sich politisch engagieren!"

Als Vorsprecher*in haben **Arina Sprecher** (16) und **Etienne Pinter** (15) die Petition ihrer Gruppe Migration und Einbürgerung dem Plenum vorgestellt. „Wir sind sehr froh, dass sie von den anderen Jugendlichen – mit einer Änderung, der wir vollkommen zustimmen – angenommen wurde“, sagt Etienne zur Abstimmung. Beide haben sich noch kurz vor und nach der Anmeldefrist für die Jugendsession angemeldet und sind sehr glücklich, dabei zu sein. „Besonders zu Beginn habe ich mich gewundert, was für verschiedene Menschen hier teilnehmen. Aber mittlerweile finde ich es mega cool. Es hat in unserer Gruppe eine starke Durchmischung gegeben, die anfangs unvorstellbar war.“ Es wird nicht die letzte Jugendsession gewesen sein, an der sie teilnehmen, versichern sie mir beide lachend.

Für **Pascal Trösch** (29) ist der Sonntag an der Jugendsession ein gemütlicher Tag. „Es ist jetzt einfach noch das Plenum und das läuft. Wir haben alles vorbereitet.“ Als Projektleiter ist er für die Koordination im Hintergrund der Jugendsession zuständig. Er organisiert, verteilt Aufgaben, sagt Bescheid, was als Nächstes zu tun ist und instruiert, was wann wo gemacht werden muss. Besonders beeindruckt ist Pascal von der Stimmung unter den Freiwilligen: „Alle haben es lustig zusammen und setzen sich voll ein.“ Er arbeite bereits länger bei der SAJV und habe jetzt neu das Projekt Jugendsession übernehmen können. „Im Vorfeld war es für mich schwierig mir vorzustellen, wie alles ablaufen wird. Jetzt weiss ich es und freue mich, im nächsten Jahr davon profitieren zu können.“

Joseph Friderici, 18 ans, qui participe déjà la troisième fois à la session des jeunes, n'était pour une fois pas le seul Vaudois. „Cette année il y a plus de personnes de la Suisse romande, mais surtout il y a plein de vaudois d'un peu partout. C'est chouette!" Mais cela signifiait aussi plus de personnes dans le groupe de travail, qui avaient toutes un avis un peu différent. „Faire les compromis, négocier, même la rédaction du projet, ça était beaucoup plus compliqué. Chaque fois quelqu'un n'était pas d'accord avec tel ou tel terme. Donc, on a dû voter pour enlever ou mettre des parties." La plénière a décidé d'accepter leur pétition. „Je suis content du résultat, mais surtout que les amendements qui sont passés, soient passés."

Im Kanton Zürich engagiert sich **Fyori Issak** (22) im Flüchtlingsparlament, um Geflüchteten in der Schweiz eine Stimme zu geben. „Wir informieren über Schwierigkeiten, denen wir im Alltag begegnen, sprechen mit Expert:innen und Politiker:innen, um Prozesse der Einbürgerung zu vereinfachen und Menschen bei der Integration zu helfen." An der Jugendsession setzt sie ihre Arbeit fort und erarbeitet mit anderen Jugendlichen in der Arbeitsgruppe Migration und Einbürgerung einen Vorschlag. Sie sei sehr beeindruckt gewesen von der Zusammenarbeit. Dass die Konsensfindung nicht einfach sein werde, war für Fyori kein Problem: „Ich habe mich schon darauf vorbereitet. Die Jugendsession und die Schweizer Politik leben davon, dass ganz unterschiedliche Menschen zusammenkommen und gemeinsam eine Lösung finden müssen."

Spektrum

Rédactrice en cheffe:
Adeline Mougel

Redakteur.trice.s:
Laurie Naeva
Maeva Koenig
Nicolas Rodigari
Yvan Pierri

Photographes:
Adeline Mougel
Yvan Pierri

Correcteur:
Léo Augusto Jim Luterbacher

Quint

Chefredakteurin:
Helena Quarck

Redakteurinnen:
Celina Reinau
Linus Kleschin
Nele Krings
Elisa Alge
Tilla Gallay
Lucy Preiswerk
Bérénice Lesslauer

Fotografinnen:
Joelle Schneider
Olivia Grey

Layout und Illustrationen:
Angelica Bebing

Biodiversité : une question de temps ?

Maeva Koenig, Yvan Pierri

La biodiversité est l'un des thèmes abordés cette année à la Session des jeunes. Le terme désigne la variété des formes de vie sur terre et englobe la diversité des espèces, des gènes et des écosystèmes.

La biodiversité est indispensable aux humains sur plus d'un plan (alimentation, qualité de l'eau et de l'air, énergie, etc.), c'est pourquoi sa diminution drastique, notamment due au changement climatique, amène le sujet sur le devant de la scène. Les participant.e.s se sont donc penché.e.s sur la question et ont discuté des stratégies les plus efficaces pour protéger la biodiversité.

Au bout de ces deux journées de discussion, le groupe de travail a fini par livrer sa revendication. Les jeunes demandent que 58 subventions nuisant à la biodiversité soient intégralement supprimées d'ici 2050. En plus de cela, il est demandé d'encourager, notamment financièrement, les mesures en faveur de la biodiversité. Interrogé sur les subventions en question, Milena Kaiser, reponsable du groupe de travail, dénonce de « mauvaises mesures incitatives », décrivant des logiques fédérales récompensant la dégradation de la biodiversité. Une thématique qui a été discutée de long en large avec les expert.e.s Martin Wasmer, Franziska Humair et Hasan Candan, offrant au groupe une variété de points de vue sur le sujet. Gabriella, du haut de ses 14 ans, nourrit une passion pour la nature et les animaux, mais ne se doutait pas des dessous de la politique suisse en matière de biodiversité : « la Suisse ne s'en sort pas très bien avec le traitement de la nature. Cela m'a étonnée parce que je pensais qu'on n'était pas si mal. C'est meilleur que dans d'autres pays mais c'est loin d'être suffisant », affirme la jeune participante. Si le groupe de travail était relativement homogène - des Verts et des jeunes Verts principalement - ce n'est pas le cas du reste des participants à la Session des jeunes. La revendication a donc été soumise en premier aux autres groupes de travail pour qu'ils puissent suggérer des amendements avant le plénum de dimanche. Il ressort de ces amendements et des discussions menées pendant l'assemblée générale que, même chez les jeunes, en Suisse, la précipitation est vue avec méfiance.

En effet, le premier amendement suggérait de réévaluer les 58 subventions pour supprimer, culture du compromis oblige, les subventions jugées comme étant vraiment néfastes d'ici 2030. En outre, les partis adverses ont pointé un certain manque de précision quant à la définition des mesures en faveur de la biodiversité. Le second amendement, plus radical, appelait, lui, à supprimer le délai de 2050 et à opter pour une approche progressive. Une autre inquiétude majeure y était exprimée : celle de ne pouvoir assurer le rendement de la production agricole. En effet, 10 des 58 subventions visées concernent le domaine de l'agriculture, souvent critiqué par les écologistes pour son utilisation intensive de pesticides nuisant gravement à la biodiversité : « on ne peut produire un rendement assez élevé pour vraiment nourrir le monde même si nos habitudes de consommation changent », déclarait Martin

Wasmer à Avegnir à quelques jours seulement du plénum. Cette déclaration s'est beaucoup reflétée dans les opinions émises par la partie défendant le second amendement, n'accordant la suppression des subventions que lorsque les nouvelles technologies du génie agronome pourront vraiment garantir l'autosuffisance alimentaire. Si le deuxième point a pu générer quelques débats au sein de l'assemblée, c'est surtout la suppression de la contrainte qui a fait grincer des dents le groupe « biodiversité », car cela contreviendrait à la nature de la revendication : « supprimer le délai serait très grave, il faut une certaine pression », a déclaré la représentante du groupe en appelant l'assemblée à refuser le second amendement.

Finalement, c'est la revendication enrichie du premier amendement qui a été acceptée à une majorité de 112 voix contre 35.

Curiosité et esprit critique

Jeudi après-midi, le groupe a eu l'occasion de rencontrer trois spécialistes de la biodiversité pour leur poser des questions. Précises, critiques et éclairées, ces dernières témoignent de leur compréhension du sujet mais surtout de leur vif intérêt et engagement. Martin Wasmer, de par son appartenance à Syngenta, a été la cible principale de questions directes et parfois provocantes. Il commente l'échange en souriant : « les questions étaient supers, même parfois très critiques, mais ça fait partie du jeu ». Selon lui, cet esprit de confrontation est le reflet de leur intérêt pour le sujet et une preuve de leur envie de s'engager pour la protection de la biodiversité. « Le thème a fait beaucoup réagir, ce qui est nécessaire si nous voulons protéger la biodiversité », conclut-il.

L'impact de la Session des jeunes

La protection de la biodiversité est un sujet qui anime, passionne et fait réagir. Mais quel est réellement l'impact de la Session des jeunes ? Yuri, 16 ans, est bien conscient que la session n'a pas forcément le pouvoir de changer les choses. Selon lui, il s'agit surtout d'une expérience au niveau individuel. Tout d'abord car le fait de se documenter sur le thème et ses enjeux, rencontrer des expert.e.s et échanger sur ce sujet avec les autres participant.e.s constitue déjà un apprentissage très bénéfique. « Surtout pour celles et ceux qui se destinent à faire de la politique un jour », précise-t-il d'un ton déterminé. Deuxièmement, Yuri trouve que protéger la biodiversité, ça commence au niveau des individus : « la politique, c'est l'instance qui décide des règles de fonctionnement de la société, mais pour l'application, c'est chacun qui doit agir ».

Bild: Yvan Pierri